

BLICKPUNKTE 01|16



Wir schwärmen für Vielfalt

Inhalt



Editorial	3
Ankommen: hier und jetzt	
Wir helfen zu helfen-Schwerpunkte des LV im Rahmen der Flüchtlingshilfen	5
Hilfe-Portal für Flüchtlinge und Bedürftige	7
Gemeinsame Spendenaktion „Leben.Jetzt.Hier.“	8
Regionales Engagement	10
LAMSA-Interkulturelle Brückenbauer	10
Agenda der deutschen Flüchtlingspolitik	11
Geflüchtete Frauen und Mädchen	12
Aktion Mensch-Förderung von Vorhaben	13
Deutsches Hilfswerk	13
Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	14
ijgd/Paritätische Freiwilligendienste	18
Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge	19
Impulse	
Wir verändern (uns).	20
Wir verbinden, bewahren, verändern.	22
Wir arbeiten WERTvoll zusammen.	24
Wir verbinden in Tarifgemeinschaften.	26
Wir sitzen in einem Boot- Hauptsache gemeinsam!	28
Wir wollen mehr Zeit für die Pflege.	29
Wir schützen Soziales und Demokratie.	30
Wir setzen Menschen in den Mittelpunkt.	31
Wir halten hier.	32
Wir planen Hilfe(n) lokal.	33
Wir müssen reden.	34
Wir entfalten, entwickeln, decken auf.	35
Weitere Impulse aus dem Jubiläumsjahr	36
Positionen	
Was ich für ein gutes Leben brauche!	37
Das neue KiFöG Sachsen-Anhalt	38
Das Pflegestärkungsgesetz	40
Neue Wege- Gemeinsame Ziele	42
Reform der Pflegeausbildung	45
Informationen	
Der PARITÄTISCHE engagiert sich für Bürgermedien	46
Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention	48
Verbandsleben	
Armut war gestern? Wir schaffen das!?	49
Aus den Regionen	
Vielfalt statt Einfalt	50
Fremd sein und doch nicht allein	51
Tag der Begegnung auf Gut Mößnitz	52
Wir begegnen uns – eine außergewöhnliche Stadtführung	53
Ausblick	54



Prof. Dr. Peter-Ulrich Wendt
Vorstandsvorsitzender
des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe PARITÄTERINNEN und PARITÄTER,

David Graeber, Vordenker der occupy-wallstreet-Bewegung, der mit seiner Kapitalismusanalyse (auch wenn ich ihr nicht in allen Punkten folgen mag) viele und wichtige Denkanstöße gegeben hat, soziale Gerechtigkeit in der globalisierten Welt neu zu bestimmen, befasst sich in seinem neuen Buch („Bürokratie. Die Utopie der Regeln“, Stuttgart 2016: Klett-Cotta) mit den Folgen wachsender Bürokratie. Verkürzt lautet eine Botschaft: Bürokratie behindert nicht nur Menschen, sie unterwirft sie auch abstrakten, formalisierten Prozessen, das Leben zu organisieren (und zu bevormunden), sie behindert die freie Gestaltung und Entfaltung – darin ist sie (strukturell) gewalttätig. Diese Analyse des Anthropologen mag auf den ersten Blick sowohl irritieren (was ist daran neu?) als auch provozieren: was ist zu tun?

Wenn ich den Slogan unseres Landesverbandes „Wir schwärmen für Vielfalt“ lese, der auch Titel dieser Ausgabe der „Blickpunkte“ ist, dann weiß ich, dass Vielfalt eine wichtige Antwort auf die bürokratische Tendenz der Globalisierung ist. Die Vielfalt eines breiten Spektrums unterschiedlicher Hilfen (die unsere Mitglieder anbieten) gewährleisten zu helfen und eine große Bandbreite der Themen durch unseren Verband zu besetzen – das ist zu tun. Ich denke, dass das beim Lesen und Durchblättern dieser Ausgabe wieder deutlich wird.

Diese thematische Bandbreite zeigt sich auch in den 25 Impulsen, die wir anlässlich unseres Verbandsjubiläums im Jahr 2015 aufgelegt haben. Die Schwerpunkte der Aktionen und zahlreichen Veranstaltungen in den Regionen unseres Landes, an denen viele von Ihnen mitgewirkt haben, waren vielfältig, und sie haben große öffentliche Wirkung erzielt. Sie reichten von Inklusionsprojekten für Menschen mit und ohne Beeinträchtigung über Fachtagungen bis zu Theaterworkshops, Filmprojekten und sozialpolitischen Diskussionsrunden. Die Mitglieder des Vorstandes haben die Möglichkeit genutzt, an einigen Impulsen teilzunehmen, und sie sind mit vielen Mitgliedern ins Gespräch gekommen. Dabei war die positive Stimmung und offene Atmosphäre untereinander spürbar. Gemeinsames Erleben schafft Bindung und Vertrauen und dafür steht unser Verband. Wir sind kein „bunter Haufen“, sondern ein vielfarbiger Schwarm.

In meinem Beruf als Soziologe und Hochschulprofessor steht der „Schwarm“ für die Intelligenz der Vielen und der Vielfalt. Vernetzen sich viele, arbeiten sie gut zusammen, lassen sie sich aufeinander ein und nutzen sie die unterschiedlichen Kompetenzen, dann erreichen sie nicht nur mehr, sie entwickeln auch die intelligenteren, die besseren Lösungen. Die Vielfalt kann die Prozesse der Globalisierung gestalten, vor allem dort, wo diese negative Folgen haben: Benachteiligung und Ausgrenzung, Ungerechtigkeit und Ausbeutung. Vielfalt ermöglicht Besserung.

Den „Schwarm“ und dessen Intelligenz brauchen wir auch im Zusammenhang mit der Zuwanderung von Flüchtlingen, denn Krieg, Vertreibung und Flucht sind eben auch eine Folge der Globalisierung. In diesem Bereich engagieren sich schon viele Mitgliedsorganisationen und sorgen zunächst für ein gutes Ankommen und erste Orientierung der Geflüchteten im Alltagsleben. Das große persönliche und ehrenamtliche Engagement der Helferinnen und Helfer verdient großen Respekt und unsere uneingeschränkte Wertschätzung. Erste Integrationsmaßnahmen bei den Mitgliedern sind angelaufen. Hier bewährt sich jetzt die enge Zusammenarbeit mit dem „Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen in Sachsen-Anhalt“ (LAMSA), einem Zusammenschluss verschiedener selbstorganisierte Organisationen von und für Menschen mit Migrationshintergrund. LAMSA ist seit 2014 Mitglied des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt – und damit ein Teil unseres intelligenten Schwarms. Gemeinsames Ziel ist die nachhaltige Förderung der Integration und Gestaltung von Lebensperspektiven in Sachsen-Anhalt; unsere traditionellen PARITÄTISCHEN Werte „Offenheit, Toleranz und Vielfalt“ werden dabei wichtige Leitplanken sein.

An dieser Stelle will ich gerne betonen, dass unser Focus nicht allein auf der Flüchtlingshilfe liegt. Die Einführung des Pflegestärkungsgesetzes hat Auswirkungen auf alle Träger der Altenhilfe und bedarf eines intensiven Austauschs mit unseren Mitgliedern. Auch das Bundesteilhabegesetz und die Sicherstellung einer qualitativen Kinderbetreuung in unserem Bundesland werden uns (weiter) beschäftigen und zu intelligenten Lösungsvorschlägen führen.

Editorial

„Weil wir WERT sind“ – das ist unser Motto. Auch *David Graeber* spricht davon, dass es immer um Wert geht. Es kommt eben darauf an, um welchen Wert, um welche Werte es geht. Den PARITÄTISCHEN zeichnet schon immer aus, dass er nicht nur auf sich verändernde soziale Bedingungen reagiert, sondern Impulse setzt, wo es noch keine Lösungen gibt oder sich die Bedingungen für unser Handeln ändern müssen. Wir wissen, was Wert ist, was Wert hat.

Mit Blick auf die Landtagswahl haben wir deshalb innerhalb der LIGA der Wohlfahrtsverbände sozial- und fachpolitische Schwerpunkte erarbeitet, die als strategische Orientierung bei der Regierungsbildung in unserem Lande dienen können und Grundlagen für Gespräche im Sinne der Politikberatung sein werden. Wir haben dort bestimmt, was Wert haben kann und soll. Daran werden wir auch über die Wahl der neuen Landesregierung hinaus weiterarbeiten.

Zum Schluss möchte ich Sie schon jetzt auf einen besonderen verbandlichen Höhepunkt hinweisen: am 16. September 2016 findet unsere Mitgliederversammlung statt. Wir sind es uns Wert, uns dort zu treffen und auszutauschen – und auch einen neuen Vorstand zu wählen. Ich freue mich, Sie an diesem Tag begrüßen zu können, und verbleibe

mit herzlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Pet. U. Wendt', written in a cursive style.

Prof. Dr. Peter-Ulrich Wendt



Dr. Gabriele Girke
Landesgeschäftsführerin
Tel.: 0391 / 6293420
ggirke@paritaet-lsa.de

Wir helfen zu helfen – Schwerpunkte des Landesverbandes im Rahmen der Flüchtlingshilfen

Der ungebrochene Flüchtlingsstrom und die Herausforderungen einer gelingenden Integration der vielen Menschen aus verschiedenen Ländern und Kulturkreisen in unsere Gesellschaft, beschäftigen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, die Politik und Verwaltungen, sondern auch uns als PARITÄTISCHER in Sachsen-Anhalt.

Obwohl Sachsen-Anhalt bei weitem nicht so große Flüchtlingszahlen zu bewältigen hat wie beispielsweise die westdeutschen Bundesländer oder die Ballungsräume Hamburg, München, das Ruhrgebiet oder Berlin, stehen auch unsere Kommunen vor großen Herausforderungen. Die Geflüchteten müssen menschenwürdig versorgt, ihre Asylverfahren eingeleitet und bei Anerkennung des Asylantrages erste Zugänge zum Spracherwerb, Bildung, beruflicher Qualifikation und Arbeit geschaffen werden. Auch die Beschaffung von geeignetem Wohnraum und die gesundheitliche Versorgung gehören dazu. Hierbei benötigen die Kommunen auch die Unterstützung der Wohlfahrtsverbände und anderer zivilgesellschaftlicher Akteure – allein mit dem bisherigen, fast unermüdlichen Engagement von Ehrenamtlichen wird dies dauerhaft nicht möglich sein.

Bisher war Sachsen-Anhalt ein Bundesland mit einem vergleichbar geringen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund, interkulturelles Zusammenleben gehörte nicht wirklich zum Straßenbild von Städten und Gemeinden. Auch in unserem Landesverband gab es nur wenige Mitgliedsorganisationen, die sich der Arbeit mit Migranten und Flüchtlingen gewidmet haben. Wir stehen – im Verhältnis zu anderen Bundesländern – noch ziemlich am Anfang der Schaffung einer sozialen Infrastruktur, in der interkulturelle Öffnung und -kompetenzen in sozialen Einrichtungen zum Standard der Leistung gehören.

Vor diesem Hintergrund haben sich im Oktober 2015 der Vorstand und die Landesgeschäftsführung mit den Regionalleiter*innen und Referenten in einer Klausur zu den Schwerpunkten des Landesverbandes im Rahmen der Flüchtlingspolitik verständigt. In der Klausur wurden die Teilnehmer durch den Abteilungsleiter Migration des Gesamtverbandes, Herrn Löhlein, beraten und bei der Beantwortung vieler

offener Fragen unterstützt. Als ein Ergebnis der Klausur wurde deutlich, dass wir in den folgenden Monaten und Jahren lernen müssen, mit vielen Unwägbarkeiten in der Entwicklung der Flüchtlingspolitik umzugehen und Schritt für Schritt entsprechende Konzepte und Angebotsstrukturen zu entwickeln. Dazu werden wir vorhandene Kompetenzen bei unseren Mitgliedern nutzen, Mitgliedsorganisationen in einen regionalen Austausch bringen und den Aufbau von Netzwerken unterstützen bzw. organisieren.

Neben diesen strukturellen verbandlichen Aufgaben ist ein Schwerpunkt, zu Aufklärung, Information und Meinungsbildung beizutragen. Dazu haben wir auf unserer Homepage www.paritaet-lsa.de der Flüchtlingshilfe unter dem Titel „Wir schwärmen für Vielfalt“ einen besonderen Platz eingeräumt und informieren über Grundsätzliches zur Asyl- und Flüchtlingspolitik (mit einem Link zum Gesamtverband), landesspezifische Regelungen, regionales Engagement unserer Mitglieder und Freiwilligendienste. Wir

Ankommen: hier und jetzt

werden unsere vorhandenen Gremien z.B. Kreisgruppenversammlungen, Trägerversammlungen und Arbeitskreise nutzen, um zu informieren und einen offenen Dialog zu führen bzw. unsere verbandlichen Positionen deutlich zu machen aber auch Erfahrungen und Sorgen von Bürger*innen und Fachpersonal ernst zu nehmen.

Wir konzentrierten uns grundsätzlich auf folgende verbandliche Themen:

- Unterstützung und Koordinierung von ehrenamtlicher Unterstützung / Koordinierung von ehrenamtlichen Mitgliederaktivitäten in der Region, politische Lobbyarbeit zur Finanzierung von Freiwilligendiensten
- Schaffung niedrigschwelliger Angebote in Ergänzung zu Regelangeboten
- Teilhabe durch Sprachförderung, Zugang zu Ausbildung und öffentlich geförderte Beschäftigung für Asylberechtigte – Aktivierung von Angeboten und Trägern in unserer Mitgliedschaft

Weitere Themen stehen derzeit aktuell im Vordergrund der verbandlichen Lobbyarbeit und Unterstützung der Mitglieder:

- Trägerberatung und Betreuungskonzepte für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Integrationskonzepte Schulsozialarbeit
- Sicherstellung des Rechtsanspruches auf Kita-Betreuung für Kinder von Asylbewerbern, interkulturelle Konzepte
- Aufwuchs in Migrationsberatungsstellen und verstärkte Einbeziehung in die integrierte Zusammenarbeit anderer Beratungsstellen
- Gewaltschutz in Einrichtungen der Flüchtlingsersthilfe (insb. Kinder, Frauen)

Flüchtlingshilfe / Migration / interkulturelle Öffnung / interkulturelle Kompetenzen sind **Querschnittsaufgaben für alle Referent*innen und Regionalleiter*innen.**

Mittelfristig zeichnen sich folgende verbandliche Aufgaben ab:

- Sicherung und Aufwuchs bei professionellen, hauptamtlichen Mitarbeiter*innen in den Flüchtlingshilfen
- Konzepte für Qualifizierung und langfristige Personalgewinnung von Asylberechtigten / Migranten für soziale Einrichtungen unserer Mitgliedsorganisationen
- Einflussnahme auf regionale Konzepte für Integration und interkulturelle Öffnung der Einrichtungen – Berücksichtigung bei Sozialplanung

Die Steuerung des Gesamtthemas Zuwanderung, Öffentlichkeitsarbeit, Kooperation mit GV und in der LIGA, internes Informationsmanagement, strukturierter Austausch in den Mitarbeitergremien ist grundsätzlich Stabsaufgabe und wird bei der Referentin für Vorstand und Geschäftsführung, Frau Antje Ludwig (0391-6293505), angegliedert. Sie vertritt den Verband zu diesem Thema auch in der LIGA.

Für die Bewältigung zusätzlicher und neuer Aufgaben brauchen die Mitglieder zeitnahe Information und Beratung zu Fördermitteln durch die Servicestelle in unserem Haus, Frau Ivonne Löffler (0391-6293481).

Migrationsberatungsstellen (MBE) bzw. Beratungsstellen nach Landesaufnahmegesetz werden durch den Mitarbeiter der MBE Magdeburg, Herrn Daniil Krieger (Deutscher Familienverband), koordiniert, informiert und koordiniert.

Der PARITÄTISCHE entwickelt zeitnah Beratung und Qualifizierung im Bereich der Interkulturellen Öffnung und -kompetenzen von Einrichtungen.

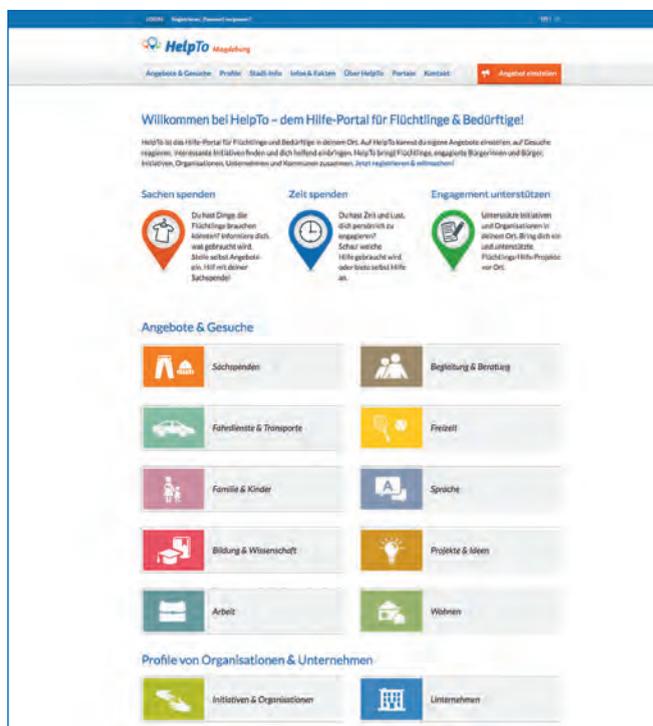
Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen kein neues verbandliches Aufgabenfeld ist, sondern Schnittstellen zu allen traditionellen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit hat und uns alle vor neue Herausforderungen stellt.

Bei aller nötigen Aufmerksamkeit für Flüchtlings- und Asylpolitik und entsprechende Hilfsangebote werden wir die grundsätzlichen verbandlichen Aufgaben und Themen nicht vernachlässigen und für eine Gleichgewichtung sorgen. Wir haben uns als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege den **Werten „Vielfalt, Offenheit und Toleranz“** verschrieben – diese Werte deutlich in unserem Handeln herauszustellen, ist in der heutigen Zeit mehr denn je gefragt.

Hilfe-Portal für Flüchtlinge und Bedürftige

Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt ist Kooperationspartner von „HelpTo“ und unterstützt die Verbreitung des neuen Hilfeportals.

„HelpTo“ – www.helpsto.de – ist ein Hilfe-Portal für Flüchtlinge und Bedürftige und bringt engagierte Bürger*innen, Initiativen, Organisationen, Kommunen und Unternehmen mit Flüchtlingen und Bedürftigen zusammen. Auf HelpTo kann man sich aktiv in die Flüchtlings-Hilfe einbringen, egal ob es sich um Sachspenden, ehrenamtliches Engagement oder die Vermittlung von Arbeit oder Wohnungen handelt. Mit wenigen Klicks kann man selbst eigene Angebote oder Gesuche einstellen und auf vorhandene Einträge reagieren. HelpTo ermöglicht einen direkten Kontakt zwischen Helfenden und Hilfesuchenden und bildet eine zentrale Anlaufstelle im Netz.



Wie funktioniert das Portal?

Nehmen Sie sich 1 Minute Zeit und schon wissen Sie, wie einfach es geht. Das Portal ist bewusst so aufgebaut, dass es jede(r) ohne besondere Medienkenntnisse nutzen kann. Auf unserer Homepage finden Sie den Zugang zu YouTube. Es wäre gut, wenn Sie das Portal selbst nutzen, es in Ihrer Organisation weiter verbreiten und unterstützen.

Bei HelpTo können die Nutzer*innen in zehn verschiedenen Kategorien Angebote und Gesuche einstellen: Sachspende, Begleitung und Beratung, Fahrdienste und Transporte, Freizeit, Familie und Kinder, Sprache, Bildung und Wissenschaft, Projekte und Ideen, Arbeit und Wohnen. Diese Hauptkategorien sind noch einmal in Untermenüs gefächert. Ein internes Nachrichten-System ermöglicht geschützte Kommunikation zwischen Anbietenden und Interessenten. Außerdem können sich auf dem Portal die örtlichen Unterstützerinitiativen und andere Organisationen vorstellen.

Die Nutzung von HelpTo ist kostenfrei. Erforderlich ist lediglich eine Online-Registrierung mit Benutzernamen und E-Mail-Adresse.

Träger und Organisator von HelpTO ist der gemeinnützige Verein „Neues Potsdamer Toleranzedikt“. Kooperationspartner und Unterstützer der Initiative sind in Sachsen-Anhalt der PARITÄTISCHE und die Arbeiterwohlfahrt.

Einige Kommunen haben sich in Sachsen-Anhalt bereits für das Portal entschieden, z.B. die Stadt Magdeburg, die Landkreise Mansfeld-Südharz und Stendal sowie der Saalekreis.

Zum Start von HelpTo in ganz Sachsen-Anhalt Ende Februar 2016 erklärte Dr. Gabriele Girke: „Der PARITÄTISCHE unterstützt das Portal, weil es hilfebedürftige Menschen und Helfende auf ganz einfache Weise zusammenbringt – für Flüchtlinge genauso nutzbringend, wie für alle anderen Menschen in unserem Land, die auf Unterstützung angewiesen sind.“

„Wir hoffen, dass viele Flüchtlingsinitiativen das Portal nutzen und so der Austausch endlich erleichtert wird“ erklärt Mamad Mohamad von Landesnetzwerk Migrantenorganisationen.

Wir hoffen, dass dieses einfache Netzwerk unseren Mitgliedsorganisationen und den Bürgerinnen und Bürgern hilft.

Nutzen Sie es und tragen Sie es weiter!



Gemeinsame Spendenaktion „Leben. Jetzt. Hier“ rückt ehren- amtliches Engagement und kreative Ideen in den Mittelpunkt

Initiatoren und Projekte konnten sich über insgesamt 56.900 € freuen.

Traditionell veranstalten der PARITÄTISCHE, die Volksstimme und die Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt zum Jahresende eine Spendenaktion für soziale Projekte und Initiativen. Die Vorstellung von besonderen Projekten in der Volksstimme soll soziales und ehrenamtliches Engagement in das Bewusstsein der Öffentlichkeit bzw. Leser rücken und die Menschen, die hinter den Projekten stehen, zu Wort kommen lassen.

Für die Spendenaktion 2015 stand bei den Initiatoren bereits im Sommer fest, dass man das Thema „Flüchtlingshilfe“, auch angesichts der teilweise kontroversen öffentlichen Diskussion und der großen Verunsicherung in der Bevölkerung, nicht außer Acht lassen kann. Vielmehr sollte deutlich werden, dass insbesondere Familien und ihre Kinder unermessliche Strapazen während der Flucht auf sich genommen haben, um hier in Frieden zu leben. Für sie geht es ums Überleben, Ankommen und eine Lebensperspektive. Ohne die vielen ehrenamtlichen Helfer wäre es derzeit kaum möglich, diese Menschen zu versorgen und erste Wege für eine gelingende Teilhabe und Integration aufzuzeigen. Diese Hilfe hat viele Facetten und bringt mitunter überraschende bzw. kreative Projektideen zu Tage, die mit der Spendenaktion unterstützt und verwirklicht werden können.

Ausgewählt wurden daher Projekte, die im Anschluss an die großen zentralen Aufnahmestellen den geflüchteten Menschen ein gesichertes Ankommen, ein Stück „normales (Zusammen-)Leben“ und Alltag in unserer Kultur eröffnen möchten – daher lautet auch der Titel der Aktion: **„Leben. Jetzt. Hier.“** Dafür eignen sich gemeinsames Erleben und Tun z.B. im Rahmen von kulturellen Projekten besonders gut. Die deutsche Sprache erlernt man nicht nur in Kursen, sondern auch durch gemeinsames Theaterspielen, Kochen und Essen, Spielen und Freizeitgestaltung. Diese Bandbreite decken die Projekte ab, die von Mitte November 2015 bis Januar 2016 in der Volksstimme vorgestellt wurden:

Zwei weitere, später eingereichte, Projekte (von Rückenwind Schönebeck und dem DRK Kreisverband Wanzleben) wurden in Regionalausgaben der Volksstimme platziert und haben gleichfalls Spendenmittel erhalten.

Spendenaktion Helfen auch Sie mit!

Volksstimme Leser helfen
Eine Aktion mit dem Paritätischen Sachsen-Anhalt und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt

DER PARITÄTISCHE SACHSEN-ANHALT

Investitionsbank Sachsen-Anhalt

- Gemeinsames Kochen an Grundschulen (Deutscher Familienverband)
- Willkommenspakete für schwangere Frauen (PIN gemeinnützige GmbH)
- Deutschkurs für Frauen mit Kinderbetreuung (Fraueninitiative Magdeburg)
- Interkulturelle Nachmittage in Halberstadt (Evang. Kirchenkreis, ASB, unabhängiger Frauenverband)
- Interkulturelles Theaterprojekt (Die Brücke Magdeburg)
- Ehrenamtliche Integrationshelfer (Freiwilligenagentur Magdeburg)
- Lebenswege-Filmprojekt (Kinder stärken e.V. Stendal, Offener Kanal, Par. Regionalstelle Nord)
- Puppenspielclub mit unbegl. minderjährigen Flüchtlingen (Refugium e.V. und Puppentheater Magdeburg)
- Internationales Frühstück für Flüchtlingsfrauen Oschersleben (Familienhaus Magdeburg gGmbH)

Das Ergebnis der Aktion hat alle Beteiligten überwältigt: 56.900 € sind zusammengekommen. Insgesamt haben 978 Menschen gespendet und damit ihr großes Interesse am Thema bekundet. Dieses Ergebnis ist mit Sicherheit auch auf die sehr sensible und eindrucksvolle Berichterstattung und gelungenen Fotos zurückzuführen. Insgesamt haben die neun Projekte je 5.500 € erhalten und waren hochofret.

In einer sehr gelungenen Abschlussveranstaltung in den Räumlichkeiten der „Brücke“ Magdeburg Ende Januar 2016 kamen alle Projekte zusammen und hatten die Möglichkeit, mit den Verantwortlichen der Aktion und der Landesgeschäftsführerin, dem Chefredakteur und dem Geschäftsführer der Landesinvestitionsbank ins Gespräch zu kommen. So wurden in diesem Rahmen auch neue Netzwerke geknüpft und es entstand die Idee, die Projekte längerfristig durch die Volksstimme und den Offenen Kanal zu begleiten – dies ist auch für die Leser*innen und Spender*innen wichtig, um die tatsächliche Entwicklung, Umsetzung und Nachhaltigkeit deutlich zumachen.

Liebevolles Willkommen für Babys

Schönebecker Beratungsstelle möchte Unterstützung für Flüchtlingsfamilien bieten

Flüchtlingskinder und ihre Familien stehen dieses Jahr im Mittelpunkt der Spendenaktion „Volksstimmte-Leser helfen“. Unter dem Motto „Leben, Jetzt, Hier“ werden Projekte unterstützt, die ihnen zu einer langfristigen Integration verhelfen – so wie die Willkommenskarte der Gemeinnützigen Paritätischen Netzwerke GmbH in Schönebeck.



Das kleine Mädchen, das nach Deutschland kam, hat kein Wort Deutsch gesprochen. Die Mutter hat nur ein Wort: „Leben, Jetzt, Hier“.

Von Kathrin Radinsky-Neumann
Schönebeck • Eine Babybuchreihe, die Eltern, Großeltern, Verwandten, Freunden und Bekannten, die sich um die Integration von Kindern in die deutsche Sprache kümmern, ein Buch in die Hand gibt, das ihnen zeigt, wie sie die Integration von Kindern in die deutsche Sprache unterstützen können. Das Buch ist ein Teil der Willkommenskarte der Gemeinnützigen Paritätischen Netzwerke GmbH in Schönebeck.

Die meisten Familien, die nach Deutschland kommen, haben kein Wort Deutsch gesprochen. Die Mutter hat nur ein Wort: „Leben, Jetzt, Hier“.

Die meisten Familien, die nach Deutschland kommen, haben kein Wort Deutsch gesprochen. Die Mutter hat nur ein Wort: „Leben, Jetzt, Hier“.

Spenden für eine vielfältige Welt

Abschlussveranstaltung der Aktion „Leser helfen“/ 57 000 Euro für Integration von Flüchtlingen

Der Erlös der diesjährigen Spendenaktion kommt Flüchtlingen in Sachsen-Anhalt zugute. Zur Abschlussveranstaltung zogen Partner und geförderte Projekte Bilanz.



Magdeburg (Bild) • 40 Startpakete für säugende, langfristige Sprachkurse und Kinderbetreuung für 30 Frauen, wöchentliche Kochkurse für Kinder in zwei Landkreisen, ein neuer Treff für Flüchtlingsfrauen mit Nachwuchs, Spielnachmittage für die Kinder in der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber in Holbertsch, jede Menge mehrsprachige Materialien für Flüchtlingshelfer und gleich drei Film- und Theaterprojekte bei denen sich Flüchtlinge und Einheimische begegnen – für diese und weitere Projekte haben Volksstimmte-Leser helfen 57 000 Euro gesammelt.

„Leben, Jetzt, Hier.“
Volksstimmte Leser helfen
Spendenkonto 1515
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 810 205 000
Kontowert: Leser helfen 2015

„Leben, Jetzt, Hier.“
Volksstimmte Leser helfen
Spendenkonto 1515
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 810 205 000
Kontowert: Leser helfen 2015

Spielend die Nachbarn kennenlernen

Flüchtlingskinder und ihre Familien stehen dieses Jahr im Mittelpunkt der Spendenaktion „Volksstimmte-Leser helfen“. Unter dem Motto „Leben, Jetzt, Hier“ werden Projekte unterstützt, die ihnen zu einer langfristigen Integration verhelfen – so wie eine Magdeburger Theaterkassette.



Flüchtlingskinder und ihre Familien stehen dieses Jahr im Mittelpunkt der Spendenaktion „Volksstimmte-Leser helfen“. Unter dem Motto „Leben, Jetzt, Hier“ werden Projekte unterstützt, die ihnen zu einer langfristigen Integration verhelfen – so wie eine Magdeburger Theaterkassette.

Von Silja Steinhilber
Magdeburg • „Hilf mir Hilfe!“

„Hilf mir Hilfe!“

Man hat Theaterpädagogin, die Sommerkurse in ein Reaktionsspiel zu lockern. In den vergangenen Monaten hat die 29-jährige hier in der

Man hat Theaterpädagogin, die Sommerkurse in ein Reaktionsspiel zu lockern. In den vergangenen Monaten hat die 29-jährige hier in der

Ihre Spenden helfen diesen Projekten

- Interkulturelle Kochkurse/ Kultur zum Essen
- Tag der Begegnung
- Willkommenskarte für schwangere Flüchtlinge
- Deutschkurs für Frauen, mit Kindbetreuung
- Qualifizierung und Auswärtshilfe für Integrationsprojekte
- Leberwurst - Filmprojekt für Jungen und Mädchen
- Puppenspiel für Flüchtlingskinder und Kinder
- „Leben, Jetzt, Hier.“

„Leben, Jetzt, Hier.“
Volksstimmte Leser helfen
Spendenkonto 1515
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 810 205 000 000 15

Deutschklektion für Mamas

Flüchtlingskinder und ihre Familien stehen dieses Jahr im Mittelpunkt der Spendenaktion „Volksstimmte-Leser helfen“. Unter dem Motto „Leben, Jetzt, Hier“ werden Projekte unterstützt, die ihnen zu einer langfristigen Integration verhelfen – so wie ein



Flüchtlingskinder und ihre Familien stehen dieses Jahr im Mittelpunkt der Spendenaktion „Volksstimmte-Leser helfen“. Unter dem Motto „Leben, Jetzt, Hier“ werden Projekte unterstützt, die ihnen zu einer langfristigen Integration verhelfen – so wie ein

Von Silja Steinhilber
Magdeburg • „Hilf mir Hilfe!“

„Hilf mir Hilfe!“

Man hat Theaterpädagogin, die Sommerkurse in ein Reaktionsspiel zu lockern. In den vergangenen Monaten hat die 29-jährige hier in der

Man hat Theaterpädagogin, die Sommerkurse in ein Reaktionsspiel zu lockern. In den vergangenen Monaten hat die 29-jährige hier in der

Ihre Spenden helfen diesen Projekten

- Interkulturelle Kochkurse/ Kultur zum Essen
- Tag der Begegnung
- Willkommenskarte für schwangere Flüchtlinge
- Deutschkurs für Frauen, mit Kindbetreuung
- Qualifizierung und Auswärtshilfe für Integrationsprojekte
- Leberwurst - Filmprojekt für Jungen und Mädchen
- Puppenspiel für Flüchtlingskinder und Kinder
- „Leben, Jetzt, Hier.“

„Leben, Jetzt, Hier.“
Volksstimmte Leser helfen
Spendenkonto 1515
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 810 205 000 000 15

„Lebenswege“ vor der Kamera

Spendenkarte „Leser helfen“: In Stendal sollen geflüchtete Eltern ihre Geschichte erzählen

Flüchtlingskinder und ihre Familien stehen dieses Jahr im Mittelpunkt der Spendenaktion „Volksstimmte-Leser helfen“. Unter dem Motto „Leben, Jetzt, Hier“ werden Projekte unterstützt, die ihnen zu einer langfristigen Integration verhelfen – so wie eine



Flüchtlingskinder und ihre Familien stehen dieses Jahr im Mittelpunkt der Spendenaktion „Volksstimmte-Leser helfen“. Unter dem Motto „Leben, Jetzt, Hier“ werden Projekte unterstützt, die ihnen zu einer langfristigen Integration verhelfen – so wie eine

Von Nora Knapp
Stendal • „Lebenswege“ gibt es

„Lebenswege“ gibt es

„German Mama“ hilft beim Deutschlernen

Magdeburger Integrationshelfer unterstützen Geflüchtete auf der Suche nach Wohnungen, Arbeit und Kontakten

Flüchtlingskinder und ihre Familien stehen dieses Jahr im Mittelpunkt der Spendenaktion „Volksstimmte-Leser helfen“. Unter dem Motto „Leben, Jetzt, Hier“ werden Projekte unterstützt, die ihnen zu einer langfristigen Integration verhelfen – so wie die



Flüchtlingskinder und ihre Familien stehen dieses Jahr im Mittelpunkt der Spendenaktion „Volksstimmte-Leser helfen“. Unter dem Motto „Leben, Jetzt, Hier“ werden Projekte unterstützt, die ihnen zu einer langfristigen Integration verhelfen – so wie die

Von Anja Lohrer
Magdeburg • „German Mama“

„German Mama“

Man hat Integrationshelfer, die

Man hat Integrationshelfer, die

Ihre Spenden helfen diesen Projekten

- Interkulturelle Kochkurse/ Kultur zum Essen
- Tag der Begegnung
- Willkommenskarte für schwangere Flüchtlinge
- Deutschkurs für Frauen, mit Kindbetreuung
- Qualifizierung und Auswärtshilfe für Integrationsprojekte
- Leberwurst - Filmprojekt für Jungen und Mädchen
- Puppenspiel für Flüchtlingskinder und Kinder
- „Leben, Jetzt, Hier.“

„Leben, Jetzt, Hier.“
Volksstimmte Leser helfen
Spendenkonto 1515
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 810 205 000 000 15

Leben, Jetzt, Hier: Die kleine Benefisha lernt kochen

Interkulturelle Kochkurse/ Kultur zum Essen

Flüchtlingskinder und ihre Familien stehen dieses Jahr im Mittelpunkt der Spendenaktion „Volksstimmte-Leser helfen“. Unter dem Motto „Leben, Jetzt, Hier“ werden Projekte unterstützt, die ihnen zu einer langfristigen Integration verhelfen – so wie eine



Flüchtlingskinder und ihre Familien stehen dieses Jahr im Mittelpunkt der Spendenaktion „Volksstimmte-Leser helfen“. Unter dem Motto „Leben, Jetzt, Hier“ werden Projekte unterstützt, die ihnen zu einer langfristigen Integration verhelfen – so wie eine

Von Anja Lohrer
Magdeburg • „German Mama“

„German Mama“

Man hat Integrationshelfer, die

Man hat Integrationshelfer, die

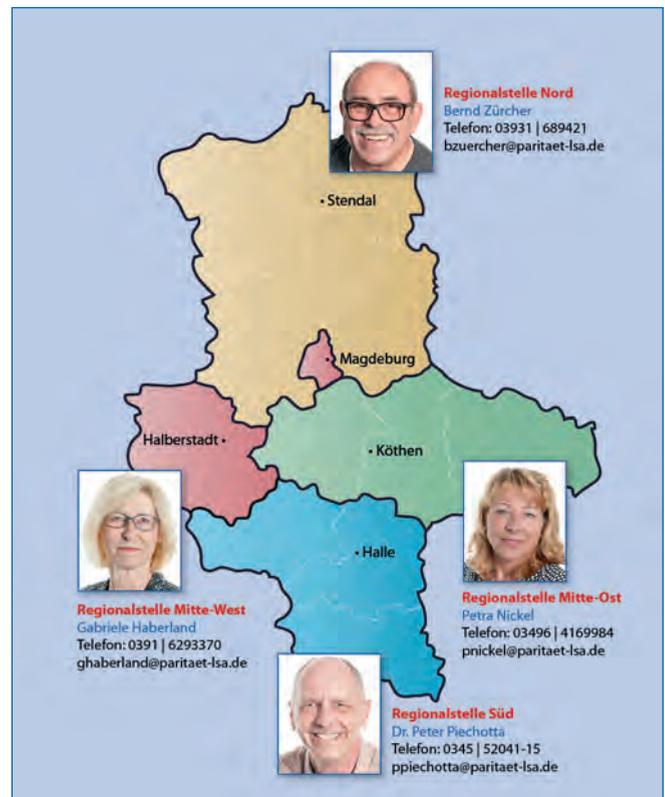
Ankommen: hier und jetzt

Regionales Engagement des PARITÄTISCHEN in der Flüchtlingspolitik

Geflüchtete Menschen aus Kriegsgebieten und anderen Krisenregionen brauchen in erster Linie eine gesicherte Bleibeperspektive, menschenwürdige Unterkunft und erste Angebote zur Teilhabe und Integration, wie den Erwerb der Sprache. Dies sind Grundlagen für ein gutes ANKOMMEN. Eine hohe Verantwortung liegt dabei bei den Kommunen, die für eine nachhaltige sozialräumliche Integration und integrative Gestaltung der Aufnahme, Unterbringung, Begleitung und Beratung von Flüchtlingen sorgen müssen. Sie müssen diese große Herausforderung meistern und greifen dabei immer wieder auf die Freien Träger als verlässliche Ansprechpartner mit ihren unterschiedlichsten Hilfeangeboten und Projekten zurück.

In den Regionen stehen die Regionalleiter*innen der PARITÄTISCHEN Regionalstellen als Ansprechpartner für die Bündelung und Koordinierung von ehrenamtlichem Engagement und hauptamtlichen Projekten zur Verfügung. Sie können dabei auf bewährte Netzwerke zurückgreifen und erweitern diese um neue Akteure im Bereich der regionalen Flüchtlingshilfen.

Auf unserer Homepage www.paritaet-Isa.de „Wir schwärmen für Vielfalt“ finden Sie aktuelle Übersichten zu unseren „regionalen Aktivitäten“.



LAMSA – Interkulturelle Brückenbauer unter dem Dach des PARITÄTISCHEN



Das Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen ist nicht nur Mitglied im PARITÄTISCHEN, sondern wirkt mit seiner landesweiten Ausrichtung auch als „Brückenbauer“ zwischen Flüchtlingen und Asylsuchenden zu Behörden, Verwaltungen, Organisationen, Schulen aber auch zu Bürgerinitiativen und demokratischen Netzwerken.

Im Rahmen des Landesnetzwerkes gibt es vielfältige Projekte z.B. zu Sprachmittlung, Einbürgerungslotsen, Migrant*innen in dualer Ausbildung usw.

Agenda der deutschen Flüchtlingspolitik

Der Verbandrat des Paritätischen Gesamtverbandes hat ergänzend zu einer Reihe von Stellungnahmen zu den aktuellen asylpolitischen Gesetzesvorhaben eine grundlegende „Agenda der deutschen Flüchtlingspolitik“ verabschiedet.

Nach Auffassung des PARITÄTISCHEN muss Kernstück aller Maßnahmen der bundes- und europaweiten Flüchtlingspolitik der Schutz der Flüchtlinge und die Wahrung der verbrieften Menschenrechte sein.

Hier einige Schwerpunkte der Agenda:

Fluchtursachen bekämpfen

„Zentrales Ziel der Flüchtlingspolitik muss die Bekämpfung der Fluchtursachen sein. Wichtig ist dabei vor allem eine wesentlich bessere Verzahnung zwischen den verschiedenen Politikfeldern bzw. Ministerien“ heißt es. Nur langfristige Entwicklungspolitik könne dazu beitragen, Krisen und Konflikte zu verhindern oder abzumildern. Illusorisch sei jedoch die Annahme, dass Fluchtbewegungen aus den weltweiten Konfliktherden allein durch Flüchtlings- und Entwicklungspolitik verhindert oder gesteuert werden können.

Liste der „sicheren Herkunftsländer“ nicht ausweiten

Der PARITÄTISCHE lehnt es ab, die Liste der sog. „sicheren Herkunftsländer“ zu erweitern. Es wird bezweifelt, ob angesichts der massiven Diskriminierungen der Minderheiten in Albanien, Montenegro und Kosovo die Einstufung dieser Länder als sichere Herkunftsstaaten zulässig ist. Die Gefahr, dass die Entscheidungen dem Einzelfall nicht mehr gerecht werden, steigt, wenn jeder Entscheider beim BAMF davon ausgehe, dass diese Länder verfolgungssicher seien.

Unterstützung der Erstaufnahmestaaten in den Krisenregionen verstärken

Die unmittelbaren Nachbarstaaten sind weltweit Hauptaufnahmeländer der Flüchtlinge wie z.B. Jordanien, Libanon, Türkei. Die bisherigen Bemühungen der EU, diese Staaten zu unterstützen, müssen deutlich verstärkt werden. Allerdings dürfe der Schutz von Flüchtlingen nicht allein in die Transitstaaten verlegt werden, die EU müsse sich ihrer Gesamtverantwortung stellen und daher

Flüchtlingsaufnahme in der EU solidarisch gestalten

Es sollte sichergestellt werden, dass sich alle Mitgliedsstaaten der EU angemessen an der Flüchtlingsaufnahme beteiligen. Ein starres Quotensystem wird den tatsächlichen Bleibe- und Integrationsmöglichkeiten in den einzelnen Ländern jedoch nicht gerecht. Hier müssen mit EU-Mitteln in den wirtschaftschwächeren Ländern entsprechende Aufnahmestrukturen geschaffen werden.

Für schnelle und faire Asylverfahren

Um die Bearbeitung der Asylanträge zu beschleunigen, bedarf es nicht nur der Aufstockung der personellen Ressourcen und Verbesserung der Verfahrensabläufe. Sinnvoller wäre es auch, Flüchtlingsgruppen mit hoher Bleibeperspektive nach bestimmter Verfahrensdauer ohne weitere Prüfung des Einzelfalls einen humanitären Status anzuerkennen. Asylverfahren müssen nicht nur schnell, sondern auch fair durchgeführt werden.

Für menschenwürdige Unterbringung

Provisorische Lösungen zur Unterbringung aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen dürfen nicht zur Dauerlösung werden. Notwendig ist insgesamt eine Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus.

Integrationsangebote ausbauen

Flüchtlingen muss von Anfang an der Zugang zum Bildungssystem gewährt werden. Notwendig ist auch die Aufstockung der Integrationskurse. Die Instrumente der Arbeitsförderung und die Maßnahmen zur Vorbereitung und Begleitung einer Berufsausbildung von Jugendlichen sind in vollem Umfang zugänglich zu machen.

Die Agenda in vollem Wortlaut finden Sie unter www.fluechtlingshilfe.de



Geflüchtete Frauen und Mädchen sind besonders schutzbedürftig!

Weltweit sind mehr als 60 Mio. Menschen auf der Flucht. Die Zahl derer, die aus ihrer Heimat fliehen, um Schutz und Zuflucht zu suchen, steigt fortwährend an. Nicht überall ist für diese Schutzsuchenden ausreichend Wohnraum verfügbar. In der Folge müssen Gemeinschaftsunterkünfte errichtet werden, die den Menschen ein vorübergehendes Zuhause bieten. Dabei können oft minimale Standards, wie das Vorhalten von Rückzugsmöglichkeiten, gemeinsame Unterbringung von Familien und die Berücksichtigung der Bedarfe alleinstehender Frauen, nicht eingehalten werden. Dabei ist die Gruppe der Frauen besonders schutzbedürftig. In Deutschland sind ca. 30% aller Flüchtlinge Frauen. Sie fliehen genau wie Männer vor Armut, Hunger, Krieg, Folter, mangelnder Bildung und medizinischer Versorgung. Frauen sind zudem spezifischen Menschenrechtsverletzungen und geschlechtsspezifischer Gewalt (z.B. Vergewaltigung, Zwangsverheiratung, Genitalverstümmelung, Frauenhandel, Zwangsprostitution) ausgesetzt.

Obwohl Deutschland aufgrund nationaler und internationaler Vorschriften dazu verpflichtet ist, Frauen und Kinder vor Gewalt zu schützen, verfügen die wenigsten Flüchtlingsunterkünfte über ein Gewaltschutzkonzept. Kommt es

zu gewalttätigen Übergriffen, sind es in der Regel die Frauen, die die Einrichtung verlassen und Schutz im Frauenhaus oder anderen Einrichtungen finden müssen.

In Fällen von geschlechtsspezifischer Gewalt hat die Polizei in Deutschland die Möglichkeit, Täter*innen aus einer gemeinsamen Wohnung zu verweisen. Zudem können gewaltbetroffene Frauen die alleinige Nutzung des Wohnraumes über das Gewaltschutzgesetz beantragen. Diese Schutzmaßnahmen greifen jedoch nicht für Frauen in den ersten Monaten nach ihrer Ankunft in Deutschland. Aufgrund bestehender Residenzpflicht sowie Wohnsitz-

auflagen sind diese Schutzmaßnahmen nur bedingt anwendbar. Mangelndes Wissen über Rechte in Deutschland, fehlende Kenntnisse über Unterstützungsangebote und sprachliche Hindernisse sorgen zusätzlich für Zugangsbarrieren zum Hilfe- und Unterstützungssystem vor Ort.

Um dem entgegenzuwirken und den gewaltbetroffenen Frauen und Mädchen bedarfsgerechte Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen, müssen folgende Maßnahmen auf unterschiedlichen Handlungsebenen unter Einbeziehung aller Akteure umgesetzt werden.



- Etablierung von Gewaltschutzkonzepten in Gemeinschaftsunterkünften und deren regelmäßige Kontrolle (Hierzu hat Der PARITÄTISCHE Gesamtverband die „Arbeitshilfe – Empfehlungen an ein Gewaltschutzkonzept zum Schutz von Frauen und Kindern vor geschlechtsspezifischer Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften“ erarbeitet. Diese steht unter <http://www.migration.paritaet.org/fluechtlingshilfe/> als Download zur Verfügung.)
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine sichere Unterbringung durch zeitliche Begrenzung des Aufenthaltes in der Gemeinschaftsunterkunft, Schaffung von Rückzugsmöglichkeiten und Privatsphäre, Bereithalten von Notplätzen und Schutzräumen
- Auf- und Ausbau von Vernetzungsstrukturen zwischen den Migrationsdiensten, kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Anti-Gewalt-Projekten und Strafverfolgungsbehörden
- Schulungsangebote für Mitarbeiter*innen von Anti-Gewalt-Projekten über Strukturen von Migrationsdiensten, Asylrecht, interkulturelle Öffnung
- Schulungsangebote für Mitarbeiter*innen in der Flüchtlingshilfe, Wachpersonal und ehrenamtlichen Helfer*innen über Gewaltschutz, Sanktionierung von Täter*innen, Traumafolgestörungen
- Niedrigschwellige Angebote für Frauen und Mädchen in Gemeinschaftsunterkünften über Recht auf Schutz und Hilfe, Gleichberechtigung, sexuelle Identität, Unterstützungsangebote
- Erarbeitung und Verbreitung von mehrsprachigen Informationsmaterialien über Gewaltschutz, Gleichberechtigung, Unterstützungsangebote, Umgangs- und Sorgerecht
- Einbettung der Gewaltschutzthemen in Integrationskurse
- Absicherung der Finanzierung für Fachdolmetscherdienste



Ivonne Löffler
Servicebereich Fördermittel/Mitgliedsbeiträge
iloeffler@paritaet-Isa.de
Tel.: 0391 / 6293481

Förderung von Vorhaben für Flüchtlinge und Asylsuchende



Ehrenamtliches Engagement fördern

Flüchtlinge und Asylsuchende sollen von Beginn ihres Aufenthaltes in Deutschland die Möglichkeit haben, am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben teilzuhaben und auf Augenhöhe mit allen anderen Menschen zu kommunizieren. Eine wesentliche Voraussetzung ist hierfür Begegnung. Um das ehrenamtliche Engagement aufzugreifen und zu unterstützen, fördert die Aktion Mensch insbesondere Projekte zur Gewinnung, Qualifizierung und Begleitung von Ehrenamtlichen oder zur Ausbildung und Qualifikation von Multiplikatoren. Das sind zum Beispiel Projekte zu den Themen Ehrenamtlichenmanagement, gemeinwesenorientierte Arbeit, Stadtteilarbeit, Tagesstruktur, Patenschaften, etc.

Eine Förderung ist in den Bereichen Projektförderung und der Förderaktion „Noch viel mehr vor“ möglich.

Unterstützung von Menschen mit Traumaerfahrung

Viele schutzsuchende Flüchtlinge sind traumatisiert und benötigen professionelle Unterstützung und vielen Flüchtlingen mit Behinderungen bleibt der Zugang zu Leistungen

gen der Eingliederungshilfe versperrt. Die Aktion Mensch will in einem zweiten Schwerpunkt dazu beitragen, dass Dienste und Projekte aufgebaut werden, die Menschen mit Traumaerfahrung den Zugang zu gesundheitlicher- und sozialer Versorgung ermöglichen.

In den Bereichen Starthilfe- und Projektförderung ist die Förderung möglich.

Unterstützung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

Ein dritter Schwerpunkt sind die zahlreichen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen und häufig sich selbst überlassen sind. Dass diese Kinder und Jugendlichen in unserer Gesellschaft Fuß fassen, dafür stehen bei der Aktion Mensch drei Förderinstrumente zur Verfügung. Die Förderung soll dazu beitragen, Projekte der Kinder- und Jugendhilfe, die eine dauerhafte Begleitung ermöglichen, junge Menschen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung stärken und den Auf- und Ausbau von Netzwerken zum Inhalt haben, voranzutreiben. Die Förderinstrumente sind Starthilfe, Projektförderung und die Förderaktion „Noch viel mehr vor“.

Deutsches Hilfswerk

Es werden Maßnahmen zur sozialen Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen, die vor allem Themen der Sprachförderung, der beruflichen Perspektive und der Begleitung und Beratung von Personen mit besonderen Bedarfen umfassen, sei es z. B. aufgrund ihres Gesundheitszustandes oder ihres Alters, gefördert. Im Fokus steht dabei die Arbeit mit besonders schutzbedürftigen Gruppen, wie z. B. allein reisenden oder allein erziehenden Frauen, Kindern und Jugendlichen.

Gefördert werden **soziale Maßnahmen** in folgenden Bereichen

- Beratung
- Integration und Teilhabe
- Abbau von Zugangsbarrieren bei Bildung und beruflicher Integration
- Förderung des freiwilligen Engagements

sowie **strukturelle Maßnahmen** wie z.B. Ausstattung, Ausgestaltung von Gemeinschaftsräumen, Schaffung von Spielplätzen in Gemeinschaftsunterkünften und Bereitstellung von Internetzugängen.



Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – PARITÄTISCHE Mitgliedsorganisationen stehen für nachhaltige Willkommenskultur!

„Im Dezember 2015 hat die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) das Substantiv „Flüchtlinge“ zum Wort des Jahres 2015 bestimmt. Mit dem Ableitungssuffix „ling“ wird einer Person ein Merkmal oder Eigenschaft zugeschrieben, die es charakterisiert.“ (GfdS) Das Verb „flüchten“ in Verbindung mit „ling“ beschreibt einen Status. Von diesem Status ausgehend sind unmittelbar Schutz, Sicherheit und existenzielle Versorgung weitere Abfolgen, die Menschen in diesen Situationen erhalten müssen. Für „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ trifft dies in noch höherem Maße zu. Die Schutz- und Sicherheitsbedürfnisse sind in einem weitaus größerem Umfang und Dringlichkeit gegeben und erfordern von allen Beteiligten große Sorgfalt bei der Herangehensweise unter Beachtung der UN-Kinderrechtskonvention.

Kurzer Rückblick – Sachsen-Anhalt, ein weißer Fleck auf der Landkarte

Bereits zum Jahreswechsel 2014/15 zeichnete sich ab, dass die Flüchtlingssituation in Deutschland weiterhin zunehmen wird. Bis zu diesem Zeitpunkt nahmen die südlichen Bundesländer und die Stadtstaaten unbegleitete minderjährige Flüchtlinge auf. In Sachsen-Anhalt wurden im Jahr 2014 „26“ umF registriert, während im Bundesgebiet über 11.600 lebten. Dies weist auf eine ungleiche Verteilung hin, die zu Recht angegangen werden musste. Im Gegensatz zu den Bundesländern, die seit vielen Monaten bereits mit jungen Menschen aus Fluchtregionen Jugendhilfeleistungen in größerem Umfang anbieten und Unterstützung gewährleisten, war Sachsen-Anhalt sehr unerfahren. Um die Ungleichheiten der Verteilung von Flüchtlingen gerechter zu organisieren hat der Bundesgesetzgeber ein beschleunigtes Gesetzgebungsverfahren eingeleitet und das „Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher“ zum 1. November 2015 Inkraft treten lassen. Die Kapazitäten in den anderen Bundesländern waren schlichtweg erschöpft, die Helfersysteme am Rande ihrer Möglichkeiten. Aus den Erfahrungen der anderen Bundesländer konnte vorweggenommen werden, dass die jungen Menschen, die Deutschland erreichen zu 90 % männlich und zwischen 15 bis 17 Jahre sind. Sie kommen überwiegend aus Syrien, Afghanistan, Irak, Eritrea und Somalia.

Entwicklungen vorhersehbar – strategische Planung und Abstimmung erforderlich

Die PARITÄTISCHEN Mitgliedsorganisationen wurden sehr frühzeitig über die bundesgesetzlichen Entwicklungen informiert und auf die damit verbundenen Anforderungen hingewiesen. Diverse öffentliche Fachgespräche des PARITÄTISCHEN mit Beteiligung externer Fachleute, Abfragen unter den Trägern der stationären Hilfen zur Erziehung zu Kapazitäten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge wurden von Seiten des Verbandes organisiert. Somit konnte bereits im Frühsommer ermittelt werden, wie groß die Bereitschaft der Mitgliedsorganisationen war, sich auf die Herausforderungen vorzubereiten und Unterstützung anzubieten. Die Träger haben binnen kurzer Zeit Konzepte für betreute Wohnformen, Clearingstellen und sonstige Hilfen im stationären und ambulanten Bereich entwickelt. Trotz der hohen Auslastungsquoten in den stationären Hilfen konnten die paritätischen Mitgliedsorganisationen ca. 110 Plätze als ad-hoc-Kapazität vorweisen. Ebenso interessiert haben sich die Träger dem Aufruf des Ministeriums zur Gewinnung „ehrenamtlicher Vormünder“ angeschlossen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den verschiedenen Arbeitsfeldern der Jugendhilfe haben die Informationsveranstaltungen über die Aufgaben eines Amtsvormundes besucht.

Bedingt durch die angespannte Fachkraftsituation in Sachsen-Anhalt können die Träger zwar Plätze bereitstellen, aber die entsprechenden Fachleute nicht in dem Umfang kurzfristig akquirieren. Im Sommer 2015 ging das Ministerium trotz der anwachsenden Zahl von Flüchtlingen noch von ca. 200 umF für das Jahr 2016 aus. Diese konservative Annahme musste binnen kürzester Zeit revidiert werden. Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt hat bereits im August eine Prognose von 800 bis 1000 umF für realistisch erachtet und die Mitglieder darauf hingewiesen.

Konzepte, gesetzliche Anforderungen – Steuerung im Land

Im Gegensatz zu den übrigen Bundesländern konnte sich Sachsen-Anhalt auf die Entwicklung und auf die schrittweise Übersiedlung von umF vorbereiten. Mittlerweile werden die Prognosen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge



auf ca. 1.100 korrigiert. Basis der bundesweiten Verteilung ist der sogenannte Königsteiner-Schlüssel. Die Aufgabe stellt große Herausforderungen an alle Entscheidungsträger und sie bedürfen der Abstimmung zwischen den Akteuren auf den unterschiedlichen Ebenen. Während die Träger und örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe unmittelbar diese Verantwortung übernehmen, Konzepte usw. erarbeiten und Hilfen umsetzen, werden wichtige Regelungstatbestände im Land bisher nur unzureichend erfüllt. Die erforderlichen interkulturellen Kompetenzen werden von den Trägern in unterschiedlicher Form erworben, die Begleitung der jungen Menschen in für sie neue Lebenswelten, die Vermittlung von kulturellen Anforderungen und die Übermittlung in Schule und Ausbildung werden von den Einrichtungen begleitet. Der PARITÄTISCHE hat Empfehlungen zu Clearingverfahren, Mehraufwand bei stationären Leistungen usw. dargelegt und diese dem Landesjugendamt und dem Ministerium als Diskussionsgrundlage zur Kenntnis gegeben. Auch hat der PARITÄTISCHE sehr eindringlich auf die prekäre Fachkraftsituation hingewiesen und die somit erforderlichen Abstimmungsverfahren zwischen Clearing, pädagogischer Begleitung und betreuten Wohnformen. Also eine breite Streuung von fachlicher Kompetenz eingefordert. Eine strategisch, ver-

bindliche Steuerung wäre wünschenswert. Vielmehr ist ein „Personalklau“ zwischen den Trägern feststellbar, der dazu führt, dass die bestehenden Angebote geschwächt werden. Abgestimmte, verlässliche landesweite Verfahren waren bis zum Ende des Jahres nicht zu erkennen.

So ist zum Beispiel Kritik am Meldeverfahren im Land geäußert worden. Jugendämter von anderen Bundesländern belegen direkt Jugendhilfeträger in Sachsen-Anhalt. Dies hat zur Folge, dass die geringen freien Kapazitäten relativ schnell ausgeschöpft sind und die hiesigen Jugendämter Versorgungsprobleme bekommen und die Koordinierungsstelle beim Landesverwaltungsamt nicht informiert wird. Insofern waren die gesetzlich geforderten Meldewege in Sachsen-Anhalt eine Zeit lang außer Kraft gesetzt. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern, wie z.B. Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, wurden mit Inkrafttreten des neuen Gesetzes zur Umverteilung von jungen Flüchtlingen entsprechend die Transferleistungen und der damit verbundene Mehraufwand bei öffentlichen und Freien Trägern durch die jeweiligen Bundesländer geregelt, damit Erstattungen unkompliziert erfolgen können. Andere Länder haben Änderungen der Ausführungsgesetze ihrer KJHGen vorgenommen, Taschengeldregelungen für umF erlassen,

Ankommen: hier und jetzt

erforderliche Investitionen und andere Aufwände, wie z.B. Sprachmittler in den Rahmenvereinbarungen nach § 78f Rahmenverträge SGB VIII ergänzt und auf die neuen Situationen hin ausgerichtet. Das sind beispielhafte nachhaltige Regelungen, die dazu beitragen „Willkommenskultur“ verlässlich zu gestalten.

Klare Regelungen und verlässliche Aussagen erforderlich oder Gefährdung der Subsidiarität

Für alle Tätigen in der Kinder- und Jugendhilfe ist unbestritten, dass die neuen Herausforderungen in der Fachpraxis mit zeitlicher Verzögerung und mit Anfangsschwierigkeiten verbunden sind. Aber das bestehende Vakuum der unregelmäßig angelegten Angelegenheiten, wie sie oben angesprochen sind, zermürbt die Fachkräfte und öffentlichen und Freien Träger gleichermaßen. Es ist den Kooperationen zwischen öffentlichen und Freien Trägern vor Ort zu verdanken, dass trotz der unregelmäßig vielfältigen Umsetzungen erfolgen, Konzepte entwickelt und Betreuung gewährleistet wird. Danke schön dafür!!

Unter den sich abzeichnenden Entwicklungen ist es deshalb besonders problematisch, dass bei bestehenden Hilfen und Leistungssegmenten schrittweise strukturelle Qualitätsparameter abgebaut werden. Für einen gewissen Zeitraum kann dies vereinbart werden, um allen Beteiligten Handlungsoptionen zu ermöglichen. Die prekäre Fachkraftsituation erfordert unkonventionelle Überbrückungen für eine bestimmte Zeit. Dies zu ermöglichen, bedarf abgestimmter Überlegungen und fachlicher Diskurse. Doch diese finden nicht statt! Das ist gefährlich, weil somit vielerorts Vorgehensweisen entwickelt, Fachstandards außer Kraft gesetzt werden ohne zu wissen, weshalb dies ermöglicht wurde. Dies kann zur Folge haben, dass langfristig bestehende Fachstandards außer Kraft gesetzt werden, eben weil lapidar belegt werden kann „es geht doch“, warum denn nicht weiter so? Deshalb ist von vornherein darauf zu achten, dass Ausnahmesituationen als solche eindeutig deklariert werden und diese öffentlich abgestimmt und zunächst zeitlich befristet sind.

Diverse Fachverbände, u.a. die Internationale Gesellschaft für Erzieherische Hilfen (IGFH), der Landesjugendhilfeausschuss Bayern und Sachsen-Anhalt haben ähnliche Grundsätze formuliert. Wenn kein Konsens über die zeitliche Befristung zur Absenkung von fachlichen Standards abgestimmt wird, wird die Jugendhilfe insgesamt – freie und öffentliche Jugendhilfe gleichermaßen – Schaden nehmen. Besonders problematisch ist die Gleichsetzung der Jugendhilfe mit den Angeboten von Freiwilligen-Agenturen oder sonstigen ehrenamtlichen Helfersystemen. Ehrenamt

Die PARITÄTISCHEN Mitgliedsorganisationen stellen sich den Herausforderungen und werden jungen Menschen, die nach Sachsen-Anhalt kommen Schutz und Sicherheit gewähren.

Es muss gesellschaftliche Übereinkunft für alle sein, dass außergewöhnliche Belastungen, außergewöhnliche Maßnahmen legitimieren.

Dies darf nicht dazu führen, dass bisherige Leistungen der Hilfen zur Erziehung für junge Menschen und Familien durch schleichenden oder sogar abrupten Verlust von Qualität nachhaltig verändert werden.

und Freiwillige sind wichtige Säulen der Zivilgesellschaft, ihr Einsatz ist erforderlich, muss aber von den klassischen Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe und dem Primat der Jugendhilfe abgegrenzt werden. Werden diese Unterscheidungen nicht vorgenommen, in der Euphorie der hemdsärmeligen Umsetzung kann dies geschehen, wird z.B. das Subsidiaritätsprinzip gefährdet. Natürlich werden Aufgaben erledigt, kann Versorgung kurzfristig durch ehrenamtliche Helfersysteme abgesichert werden. Langfristig wird das nicht tragfähig sein, es wird ein Strohhalm bleiben und Ehrenamtliche werden gegen Fachkräfte ausgespielt.

Klare Regelungen, schriftliche Ausführungen, Verordnungen usw. sind erforderlich, damit nachhaltige Betreuung fortlaufend organisiert ermöglicht werden kann. Das sichert Ehrenamt und professionelle Akteure gleichermaßen ab. Können Leistungsanbieter und Leistungsgewährer nicht auf solche verlässlichen Strukturen zurückgreifen, entsteht der Eindruck von Unzuverlässigkeit und Willkür. Fachstandards sind nicht für die professionellen Akteure gemacht, sondern basieren auf der Erkenntnis, dass die Zielgruppen, die Hilfen in Anspruch nehmen, bedarfsgerechte Standards zur gesellschaftlichen Teilhabe und Integration benötigen, sonst werden sie ausgegrenzt und kommen nicht in der neuen Gesellschaft an. Die Träger der freien Jugendhilfe und insbesondere der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Sachsen-Anhalt setzen sich für die Interessen und Belange der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge ein und fordern die Einhaltung der fachlichen Standards für alle Kinder und Jugendlichen sowie Familien in den Hilfen zur

Erziehung. Eben das können Freiwilligen-Agenturen und Ehrenamtliche nicht in dem Umfang leisten. Das Einklagen von fachlichen Standards und die Verbesserung der Lebenslagen werden durch die Wahrung des Subsidiaritätsprinzips ermöglicht. Es ist daher unerlässlich, dass landesweite verlässliche Regelungen z.B. zu Taschengeld für umf erfolgen, schnelle Beschulung im Regelschulsystem gegeben ist, Obergrenzen für Platzkapazitäten bei Clearingverfahren festgeschrieben werden, Betreuungs- und Wohnformen mit fachlichen Standards und Anforderungsprofile für Fachkräfte definiert sind usw., um nur einige wichtige Details zu benennen.

Der PARITÄTISCHE wird weiterhin konsequent die Lebens- und Bedarfslagen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen beachten, um fachliche Standards für Hilfenformen nicht zu gefährden. Für die Entscheidungsträger auf Landesebene ist es daher unerlässlich, Normbezüge zu erlassen, damit die bestehenden Unsicherheiten aufgehoben und eine verlässliche Willkommenskultur entstehen kann. Gerade in einem Bundesland mit großen demografischen Verwerfungen ist dies unerlässlich. Bisher haben wir viel Engagement und fachliche Weiterentwicklung von Jugendhilfeträgern und örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe erfahren, die jungen Menschen Schutz und Betreuung bieten. Allein der Bezug zur UN-Kinderrechtskonvention Art. 22 „Flüchtlingskinder“ legt nahe, dass auch für Sachsen-Anhalt Regelungen im Land erarbeitet werden müssen, die als verbindliche Standards gleiche Lebens- und Teilhabechancen bieten.

Artikel 22 UN – Kinderrechtskonvention – Flüchtlingskinder

Die Vertragsstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um sicherzustellen, dass ein Kind, das die Rechtsstellung eines Flüchtlings begehrt oder nach Maßgabe der anzuwendenden Regeln und Verfahren des Völkerrechts oder des innerstaatlichen Rechts als Flüchtling angesehen wird; angemessenen Schutz und humanitäre Hilfe bei der Wahrnehmung der Rechte erhält, die in diesem Übereinkommen oder in anderen internationalen Übereinkünften über Menschenrechte oder über humanitäre Fragen, denen die genannten Staaten als Vertragsparteien angehören, festgelegt sind, und zwar unabhängig davon, ob es sich in Begleitung seiner Eltern oder einer anderen Person befindet oder nicht.

Zu diesem Zweck wirken die Vertragsstaaten in der ihnen angemessen erscheinenden Weise bei allen Bemühungen mit, welche die Vereinten Nationen und andere zuständige zwischenstaatliche oder nicht-staatliche Organisationen, die mit den Vereinten Nationen zusammenarbeiten, unternehmen, um ein solches Kind zu schützen, um ihm zu helfen und um die Eltern oder andere Familienangehörige eines Flüchtlingskinds ausfindig zu machen mit dem Ziel, die für eine Familienzusammenführung notwendigen Informationen zu erlangen. Können die Eltern oder andere Familienangehörige nicht ausfindig gemacht werden, so ist dem Kind im Einklang mit den in diesem Übereinkommen enthaltenen Grundsätzen derselbe Schutz zu gewähren wie jedem anderen Kind, das aus irgendeinem Grund dauernd oder vorübergehend aus seiner familiären Umgebung herausgelöst ist.

Versorgung, Betreuung und Unterstützung von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen (UMA)													
- aktuelle Verteilung auf die Bundesländer -													
19.11.2015													
Bundesländer	Übergangsregelung Nov. 2015 (hochgerechnet auf 100%)	Jugendhilfrechtliche Zuständigkeit						Summe aller jugendhilfrechtlichen Zuständigkeiten (faoesaktuell)	Verteilung Bundesstelle	Quotenüberschreitung	SOLL-Zuständigkeit gem. Quote	Quoten-erfüllung	Meldequote (informell)
		für uM (Altverfahren nach 89d)	für junge Volljährige (ehem. uM - Altverfahren nach 89d)	für UMA - Vorläufige Inobhutnahmen	für UMA - Inobhutnahmen	für UMA - Anschlussmaßnahmen (HzE und sonstige)	für UMA - angemeldete Verteilung (bleibt bei SUMME und QUOTE)						
Baden-Württemberg (BW)	14,02604%	3.433	497	411	114	13	152	4.468		-3.680	6.048	85,6%	100,00%
Bayern (BY)	16,91985%	11.934	2.384	688	215	18	31	15.239		5.631	9.708	167,0%	100,00%
Berlin (BE)	5,50515%	2.441	255	547	49	0	0	3.292		133	3.159	104,2%	100,00%
Brandenburg (BB)	3,33685%	606	12	68	136	7	0	829		-1.086	1.915	43,3%	100,00%
Bremen (HB)	1,04327%	2.325	269	275	0	0	120	2.869		2.270	599	179,2%	100,00%
Hamburg (HH)	2,75807%	1.849	705	146	6	0	56	2.706		1.124	1.582	171,0%	100,00%
Hessen (HE)	8,02330%	4.881	1.005	252	105	52	0	6.296		1.693	4.603	136,8%	100,00%
Mecklenburg-Vorpommern (MV)	0,73742%	731	17	113	111	0	15	972		549	423	229,7%	100,00%
Niedersachsen (NI)	10,16259%	2.148	161	516	296	22	107	3.143		-2.668	5.831	63,9%	100,00%
Nordrhein-Westfalen (NW)	23,12506%	6.770	634	1.353	350	63	325	9.170		-4.098	13.268	69,1%	100,00%
Rheinland-Pfalz (RP) *	1,75794%	1.099	117	273	73	49	5	1.611		602	1.009	159,7%	100,00%
Saarland (SL)	1,33203%	984	216	82	47	0	0	1.329		565	764	173,9%	100,00%
Sachsen (SH)	5,54286%	763	15	304	4	15	0	1.101		-2.079	3.180	34,6%	100,00%
Sachsen-Anhalt (ST) *	1,02875%	678	6	205	35	10	17	934		344	590	158,2%	100,00%
Schleswig-Holstein (SH)	3,71064%	1.927	95	440	88	5	152	2.556		426	2.129	120,0%	100,00%
Thüringen (TH) *	0,99018%	633	9	168	42	10	7	862		294	568	151,7%	100,00%
Summe aller Zuständigkeiten		43.292	6.398	5.841	1.671	264	987	57.376	0		67.376		

Aus: E. Katschinski, Referentin „Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten der Kinder- und Jugendhilfe; Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung.

Vortrag: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Niedersachsen, 23. November 2015.

PARITÄTISCHE Freiwilligendienste haben zum 01.01.2016 den Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug gestartet

Mit Wirkung zum 01.12.2015 wurde vom Bundesministerium das Spektrum des Bundesfreiwilligendienstes um den Bundesfreiwilligendienst (BFD) mit Flüchtlingsbezug erweitert. ijgd ist Träger der PARITÄTISCHEN Freiwilligendienste.

Der Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug steht deutschen Freiwilligen als auch Asylberechtigten, Personen mit internationalem Schutz nach der Richtlinie 2011/95/EU und Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist, offen.

Zielgruppen sind Flüchtlinge und einheimische Freiwillige in der Flüchtlingsarbeit. Die Einsatzbereiche für den BFD mit Flüchtlingsbezug sind sehr weit gefasst. Es sind alle Bereiche möglich, die im weitesten Sinne mit Flüchtlingsarbeit verbunden sind. Ein plausibler Bezug der Organisation/ Einrichtung zum Thema Flüchtlinge reicht für die Anerkennung als Einsatzstelle aus.

Einsatzbereiche mit Flüchtlingsbezug können zum Beispiel sein:

- Betreuung und Unterstützung von Flüchtlingen bei ihrer Unterbringung und Versorgung (z.B. in Flüchtlingsheimen, Unterküften u.Ä.),
- Unmittelbare Unterstützung und Hilfe für Flüchtlinge bei ihrer gesellschaftlichen Orientierung und Integration im Alltag (z.B. als Integrationslotsin und Integrationslotse, als Begleitung zu Behördengängen und Arztbesuchen, als Übersetzungshelferin und Übersetzungshelfer u.Ä.),
- Betreuung und Unterstützung von Flüchtlingen im Bildungsbereich (z.B. Kitas, Schulen, Erwachsenenbildungseinrichtungen, etc.),
- Betreuung und Unterstützung von Flüchtlingen im integrationsorientierten Freizeitbereich (Sport, Kultur, Jugendarbeit u.Ä.),
- Die Koordinierung und Organisation von bürgerschaftlichem Engagement zu Gunsten von Flüchtlingen (z.B. Sortierung und Weitergabe von Sachspenden, Lebensmittelverteilung, Einsatzplanung von ehrenamtlichen Helfern u.ä.)

Die Anerkennung als Einsatzstelle im BFD mit Flüchtlingsbezug ist im Schnellverfahren (ca. 2 Wochen Bearbeitungszeit) möglich. Bereits anerkannte BFD-Einsatzstellen können formlos anhand einer kurzen Tätigkeitsbeschreibung für die Flüchtlingshilfe einen Antrag auf zusätzliche Plätze

stellen. Für Einrichtungen, die noch nicht als BFD-Einsatzstelle anerkannt sind muss ein vollständiger Antrag auf Anerkennung als Einsatzstelle im BFD mit Flüchtlingsbezug gestellt werden. Die Anerkennung als Einsatzstelle im BFD mit Flüchtlingsbezug ist zunächst immer auf drei Jahre befristet.

Die Belegung der Plätze aus dem Sonderprogramm muss einen Bezug zur Flüchtlingshilfe haben, also entweder muss der Einsatz in der Flüchtlingshilfe erfolgen oder aber der Dienst durch geflüchtete Menschen geleistet werden. Im Rahmen des Sonderprogramms stehen erhöhte Finanzhilfen zur Unterstützung der Eingliederung und Unterstützung insbesondere von Flüchtlingsfreiwilligen zur Verfügung, die für die pädagogische Begleitung, aber auch für zusätzliche Sprachkurse, ggfs. Unterstützung von Flüchtlingsfreiwilligen in der Traumata Behandlung, etc. eingesetzt werden können. Die ijgd/ PARITÄTISCHE Freiwilligendienste haben hierzu ein pädagogisches Konzept entwickelt, dass neben der gesetzlich verpflichtenden Bildungsarbeit insbesondere auch individuell abgestimmte Unterstützungsangebote für den/ die Freiwillige und entsprechende Einsatzstelle vorsieht.

Die ijgd/ PARITÄTISCHE Freiwilligendienste haben zum 01.01.2016 den BFD mit Flüchtlingsbezug gestartet. Bereits im Januar konnten 36 Freiwillige, Deutsche und Flüchtlinge, ihren Dienst in verschiedensten Feldern der Flüchtlingshilfe aufnehmen.

Einrichtungen oder auch Ehrenamtliche, die Interesse an der Teilnahme an diesem Sonderprogramm haben melden sich bitte bei:

ijgd/ PARITÄTISCHE Freiwilligendienste –
LV Sachsen-Anhalt e.V.
Frau Karina Lanz
Schleiufer 14, 39104 Magdeburg
eMail: karina.lanz@ijgd.de
Telefon: 0391-5096898-36

Weitere Informationen unter:
www.freiwilligesjahr-sachsen-anhalt.ijgd.de



Romy Kauß
 Referentin Gesundheit und Selbsthilfe
 Tel.: 0391 / 6293511 • rkauss@paritaet-lsa.de

Ankommen: hier und jetzt



Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge

Anamnesebögen in 14 Sprachen erschienen

Um die Verständigung und die Untersuchungen in medizinischen Einrichtungen zu erleichtern, hat das Team der „medizinischen Ambulanz ohne Grenzen“ Anamnesebögen in 14 Sprachen entwickelt. Dies sind Arabisch, Bulgarisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Kroatisch, Persisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Russisch, Spanisch, Türkisch und Ungarisch.

Die Bögen können auf folgender Seite ausgedruckt werden:
www.armut-gesundheit.de

Die Behandlung von geflüchteten Menschen ist nur bei akuten Erkrankungen und Schmerzen sowie bei Schwangerschaft zulässig. Den nötigen Schein zur Behandlung stellt das Sozialamt aus, so lange sich Sachsen-Anhalt nicht für die Gesundheitskarte für Flüchtlinge entscheidet. Nicht

nur Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten und Apotheker befürworten die Einführung der Gesundheitskarte. Somit würden eine einheitliche und unbürokratischere Versorgung der Erkrankten sichergestellt und das Verfahren menschlicher gestaltet werden.

Ratgeber Gesundheit für Asylsuchende in Deutschland erschienen

Mit einem neuen Ratgeber in fünf Sprachen will das Bundesgesundheitsministerium die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen verbessern. Nach Angaben von Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) soll Asylsuchenden damit geholfen werden, „sich in unserem Gesundheitswesen zurechtzufinden“.

Der Ratgeber enthält unter anderem allgemeine Hinweise zur verpflichtenden Erstuntersuchung nach der Ankunft in Deutschland, einen Impfausweis sowie Informationen zu Schwangerschaftsuntersuchungen und Vorsorgeuntersuchungen für Kinder. Der Gesundheitsratgeber erscheint in Deutsch, Englisch, Arabisch, Kurdisch und Paschto. Das sind laut Ministerium die Sprachen, die Asylbewerber am häufigsten sprechen.

Der Ratgeber kann über das Internet unter www.Ratgeber-Gesundheit-fuer-Asylsuchende.de bestellt werden und auf der Internetseite des Ministeriums www.bmg.bund.de heruntergeladen werden.

The screenshot shows the homepage of 'Armut und Gesundheit in Deutschland e.V.'. It features a navigation menu on the left with categories like 'Aktuelles', 'Spender/Mitglied werden', 'Unsere Projekte', and 'Presse'. The main content area includes a 'REFUGEES WELCOME' banner, a 'Aktuelles' section with a photo of a person's hands being treated, and a news article titled 'Der Mainzer Arzt Gerhard Trabert zum Flüchtlingseid: „Hier zeigt sich das Versagen der Welt“'. On the right, there are sections for 'Radio- und Filmbeiträge', 'Jetzt spenden!' with a 'betterplace.org' logo, and contact information for 'Medizinische Ambulanz ohne Grenzen' and 'Soziale Beratung'.

Wir verändern (uns).

Jubiläen sind Zeiten der Rückschau – und Gelegenheit, Erfahrungen für das Morgen festzuhalten. Der Verband ist ein lebendiger Organismus, er verändert sich genauso, wie seine Mitglieder selbst sich entwickeln.

„Jedes zu seiner Zeit“

Wandel ist für uns nichts Außergewöhnliches, sondern der Normalfall. Die Organisation „Landesverband“ besteht aus ihren Gremien, den Netzwerken und Kommunikationskanälen hinein in die Mitgliedschaft, Politik und Gesellschaft und aus dem Zusammenwirken der Verbands-Mitarbeiter*innen. Wie und was lernt diese Organisation, die aus so vielen Gliedern besteht?

Immer wieder passiert(e) es, dass verbandliche Ideen, Aktionen, Verhandlungen nicht (mehr) zu dem gewünschten Ergebnis führen – dann heißt es, Korrekturen vorzunehmen, sich an die Rahmenbedingungen anzupassen, die wir nicht ändern können (oder wollen). An diesem **Anpassungslernen** sind viele beteiligt: Vertreter von Mitgliedsorganisationen (bei denen diese Anpassungen auch selbst passieren) genauso, wie Mitarbeiter*innen und die Führung des Verbands.

Wenn wir auf diese Weise als Organisation, als Verband in den zurückliegenden Jahren gelernt haben, dann haben sich die Ergebnisse verbessert; aber wenn das nicht mehr ausreichte, haben wir auch unsere Strukturen, Abläufe, das Verbandsklima die Kommunikation und andere Rahmenbedingungen geändert – dieses Veränderungslernen hat Impulse gebraucht und immer wieder neuen Schwung gegeben. Letztlich ergibt sich das alles aber nicht von selbst.

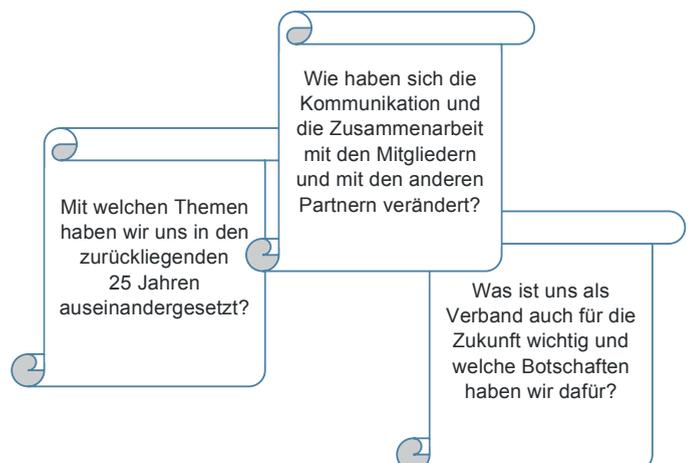
Auch das (richtige) Lernen will gelernt sein.

Das trifft nicht nur bei jedem Einzelnen von uns zu, sondern auch auf uns als Organisation, als Verband insgesamt. Das 25-jährige Bestehen und Verändern des Verbands war uns ein besonderer Anlass, zurückzuschauen auf diese Veränderungen und auf die Art und Weise, wie wir sie bewältigt haben – nicht als Nostalgie, sondern als Erfahrungsschatz, der weitergegeben werden muss.



„Jedes zu seiner Zeit“ sagt eine alte Weisheit. Und von Albert Einstein kennen wir die revolutionäre Einsicht: Probleme kann man niemals mit der gleichen Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.

Mit diesen Gedanken kamen der Vorstand und Mitarbeiter*innen aus den verschiedenen Referaten und Regionalstellen im Rahmen einer Klausurtagung zusammen. Unter dem Motto „Zurück in die Zukunft“ haben alle Teilnehmer*innen einen Rückblick auf die Themen, Hürden und Erfolge der zurückliegenden 25 Jahre Verbandsarbeit erarbeitet und mit dieser „Ausrüstung“ nach Vorn geschaut, Botschaften und weitere Impulse im Jubiläumsjahr entwickelt. Wichtige Fragen waren:





Das war mehr als Erinnerung – viele Erfahrungen wurden an Mitarbeiter*innen und Vorstandsmitglieder weitergegeben, die noch nicht so lange beim Verband sind. Jedes Thema, Ereignis oder Handeln wurde in sein eigenes „Licht“ gestellt, veränderte Bedingungen benannt, unter denen sich Themen, Arbeitsweisen und Wertorientierungen unseres verbandlichen (Zusammen)Wirkens angepasst und verändert haben. Ein wirklicher Lernort und ein wichtiger Impuls.

„Was wir auskochen, wird gut!“



Kreativer Höhepunkt der Klausur war das gemeinsame Kochen. Unter dem Motto „Was wir auskochen, wird gut!“ erlebten die Teilnehmer*innen einen spannenden, lehrreichen und teambildenden Abend in der Küche des Integrationsdorfes Arendsee – eine wirklich gute Adresse und Empfehlung für alle, die mit ihren Teams eine außergewöhnliche und bindende Klausur machen möchten.

Wir verschenken unsere besten Ideen



Aus diesem Abend entstand auch der Impuls für ein gemeinsames Kochbuch, das wir gern an unsere Mitglieder und Partner als Dank für eine wirklich erfüllende (Zusammen)Arbeit geben.

Wir bewahren 25 Jahre PARITÄT.

Chroniken wurden seit dem Altertum geschrieben – ganz so alt ist unser Verband noch nicht, aber es haben sich schon jede Menge Ereignisse und Erinnerungen angesammelt, die es wert sind, aufbewahrt zu werden. In der Chronik finden Sie einige der wichtigen Ereignisse, Themen und einen zeitlich geordneten Überblick zur Entwicklung unseres Verbandes in den vergangenen 25 Jahren. Ein Blick auf unsere Homepage lohnt sich – vielleicht entdecken Sie sich selbst oder etwas, woran Sie sich besonders gern erinnern oder was im Lauf der Zeit schon zugedeckt war ...

www.integral-ggmbh.de/ida



Wir verbinden, bewahren, verändern.

25 Jahre PARITÄT – ein stolzes Jubiläum und ein Grund, mit unseren Mitgliedern zu feiern.

Im Rahmen unserer Festveranstaltung „25 Jahre verbinden, bewahren, verändern.“ am 11. September 2015 konnten wir zusammen mit unseren Mitgliedern und Mitarbeitern einen bewegenden und vielfältigen Tag mit einem spannenden und außergewöhnlichen Programm erleben. Unter den Gästen und Gratulant*innen waren Landes- und Kommunalpolitiker, Minister, Vertreter aus anderen Spitzenverbänden, Ministerien, Verwaltungen, Partner, Medienvertreter*innen und viele Paritätler*innen. In lockerer und bunter Atmosphäre nutzten die Gäste gern die Möglichkeit, Erinnerungen aus 25 Jahren PARITÄT in Sachsen-Anhalt aufleben zu lassen und festzuhalten. Mit einer Ausstellung der Jubiläumsimpulse konnten wir allen Gästen und Mitgliedern zeigen, wie vielfältig und wirksam unser Verband ist und welche Werte uns tragen.

Unter unseren über 200 Gästen begrüßten wir u.a. Landes- und Kommunalpolitiker*innen, Minister, Vertreter*innen aus anderen Spitzenverbänden, Ministerien, Verwaltungen, Partner, Medienvertreter*innen und viele Paritätler*innen.

In angenehmer Atmosphäre führten unsere Gäste und Mitarbeiter*innen lebendige Gespräche und freuten sich über das ein oder andere Wiedersehen nach vielen Jahren.

In Ansprachen und Podiumsbeiträgen gab es viel Anerkennung zu 25 Jahren PARITÄT in Sachsen-Anhalt und Anregungen für die kommenden Herausforderungen.

Wir erlebten ein außergewöhnliches Programm, das unseren Verband nicht nur als starke sondern auch kreative





Gemeinschaft darstellte. Es wurden 25 Impulse zum Jubiläumsjahr präsentiert. Ein Höhepunkt war die Darbietung eines eigens zum Jubiläum komponierten Songs.

Ein Jubiläum ohne Torte ist kein Jubiläum! Der Vorsitzende unseres Verbandes, Herr Prof. Dr. Peter Ulrich Wendt, bat den Sozialminister, Norbert Bischoff, die Torte feierlich anzuschneiden.

Als Geschenk konnte jeder Gast ein Kochbuch mitnehmen, das die Mitarbeitenden und Vorstandsmitglieder unter dem Titel „Was wir (aus)kochen wird gut“ liebevoll zusammengestellt hatten.

An einen eigens durch eine Mitgliedsorganisation kreativ gestalteten Baum haben unsere Gäste und Mitarbeiter*innen ihre Ideen und Wünsche zur Frage: „Was verbindet Sie mit dem PARITÄTISCHEN?“ aufgehängt.

Der Kranichschwarm als Symbol für unsere starke, dynamische Gemeinschaft prägt unser Jubiläumsjahr und durfte auch auf der Veranstaltung nicht fehlen. Unsere Gäste nutzten gern die Gelegenheit, einen eigenen Kranich zu falten und als Andenken mitzunehmen.



Toleranz, Respekt, Offenheit oder doch die Vielfalt? Verschiedenste Werte verbinden uns unter dem Dach des PARITÄTISCHEN und symbolisieren unsere Arbeit im Verband. 11 dieser Werte haben wir auf Anstecker gedruckt. Bei der Begrüßung baten wir unsere Gäste, den Anstecker mit dem für sie entscheidenden Wert auszuwählen.

Wir arbeiten WERTvoll zusammen.

Durch WERTvolle Zusammenarbeit können wir noch mehr „PS“ (PARITÄTISCHE Stärke) herausholen.

Jahrelang haben wir vor allem ökonomisch geprägte Debatten im Sozialen geführt. Mit bundesweiten Veranstaltungen hatte der PARITÄTISCHE im Jahr 2015 nun auch die ethische Dimension sozialer Arbeit wieder stärker in den Fokus gerückt und alle Mitglieder zur Mitwirkung eingeladen: Statt (vorrangig) über Kennzahlen wollten wir (mehr) über unsere Werte reden. Über Werte, die unsere Arbeit prägen, die uns wirklich wichtig sind, die uns auszeichnen und die uns über Fachbereichs- und Organisationsgrenzen hinaus verbinden.

Wir wollten uns darüber verständigen, wie wir in Zukunft unsere gemeinsamen Werte noch besser leben und selbstbewusst nach außen darstellen können, um zu zeigen:



Was denken unsere Mitglieder darüber?

Im Rahmen einer Online-Umfrage, an der sich auch viele Mitglieder aus Sachsen-Anhalt beteiligt hatten, wurde nicht nur nach den Werten und Haltungen gefragt, die die Menschen unter dem Dach des PARITÄTISCHEN verbinden. Es ging auch darum, wie es gelingt, diese Werte in der Alltagspraxis umzusetzen. Die große Beteiligung und Rückmeldungen haben gezeigt, wie wichtig vielen Menschen eine solche Debatte ist – berührt sie doch die persönliche Motivation, die Haltung gegenüber den Anderen und die kritische Auseinandersetzung mit den ökonomischen Rahmenbedingungen.

Im März 2015 beteiligten sich auch Mitglieder aus unserem Landesverband an der Auftaktveranstaltung des Gesamtverbandes.

Daraus haben wir unseren Impuls abgeleitet: Was bedeuten uns die traditionellen PARITÄTISCHEN Werte heute?



ZITATE AUS DER UMFRAGE Typisch Paritätisch ist ...

- „Solidarität und Menschlichkeit!“
- „die enorme Vielfalt“
- „Gemeinsam sind wir stark.“
- „Bunt, wie eine Blumenwiese“
- „Menschen zu helfen, für den Menschen da zu sein.“
- „Vertrautheit im Umgang miteinander, Solidarität und gegenseitige Beratung“
- „Solidarische Begegnung auf Augenhöhe“
- „Gemeinsam für Qualität und Fachlichkeit einstehen.“
- „Engagiert und innovativ soziale Arbeit gemeinsam entwickeln“
- „Diskussionsfreudig“
- „Ich werde mit meinen Stärken und Schwächen angenommen und bekomme die menschliche und fachliche Unterstützung die ich brauche.“
- „Miteinander für soziale Gerechtigkeit“
- „In aller Vielfalt gemeinsam stark sein für ein selbstbestimmtes Leben“
- „Beteiligung, Ehrlichkeit, Engagement“
- „Die ‚Kleinen‘ haben die gleichen Rechte wie die ‚Großen‘, jeder bestimmt und redet mit. Das macht es manchmal chaotisch, aber reizvoll!“
- „Die Solidarität der Verbandsmitglieder zueinander, gestärkt durch den Verband“
- „Die gleichberechtigte Verschiedenheit finde ich charakteristisch für den Paritätischen und das ist gut so“
- „bunt, laut, kontrovers, ambivalent“
- „kämpferisch“
- „Der Paritätische mischt sich ein, will gehört werden!“
- „Eine große Vielfalt an sozialen Einrichtungen, die ein großes Netzwerk an Möglichkeiten bietet, das aber leider noch viel zu wenig genutzt wird.“
- „Das Einsetzen für ein menschenwürdiges Dasein in der Gesellschaft, ohne dabei an ein bestimmtes Glaubensbekenntnis gebunden zu sein.“
- „Plattform für streitbare Diskurse und stetige Weiterentwicklungen“
- „ein bunter, vielfältiger, quirliger Haufen“
- „Individualität, Kreativität, Netzwerken“
- „gelebte Vielfalt als positives Modell für eine funktionierende moderne Gesellschaft“
- „verändern, mitgestalten, neue – auch vielleicht erstmal vermeintlich, unbequeme – Wege gehen“
- „Vielfalt, Kreativität, Professionalität“
- „Miteinander für soziale Gerechtigkeit“
- „Großes Herz für Schwächere, Randgruppen, Benachteiligte; Solidargemeinschaft; offenes Ohr für alle Nöte“
- „konfessionell ungebunden, humanistisch, solidarisch – gemeinsam sind wir stark“
- „Mit Vielfalt umgehen und Netzwerken. Wer im Paritätischen arbeitet, lernt vernetztes Wirken!“
- „Ich erlebe den Paritätischen demokratisch, vielfältig, kreativ und lebendig.“
- „innovativ, engagiert, politisch“
- „Alle für einen – einer für alle“
- „gegenseitig verstehen – beraten – stützen“
- „offen, bunt und sozial!“
- „Hoher fachlicher und moralischer Anspruch. Der Paritätische ist unbeugsamer Mahner und Akteur!“
- „wenig Bürokratie, große Entwicklungsspielräume, wenig Kleinkariertes, professioneller Anspruch“
- „Vernetzung und fachlicher Austausch; Achtung und Wertschätzung; nah am Puls der Zeit“
- „sympathisch, sozialkritisch und hochreflektiert“
- „Benennen von Missständen ohne falsche Rücksicht“
- „Als Einrichtung autonom, aber nicht allein sein“
- „Freiheit, Vielfalt, den Menschen offen, freundlich und tolerant begegnen und im Herzen immer geleitet von demokratischen Grundwerten“
- „Vielfalt, Kreativität und Engagement gegen sozialen Kahlschlag und soziale Kälte“
- „engagiert, solidarisch, sozialanwaltschaftlich, liberal, verantwortungsvoll“
- „vielfältig, diskussionsintensiv, demokratisch“
- „Starke Gemeinschaft, die Werte lebt und vertritt“
- „bedürfnisorientierter Dialog auf Augenhöhe“
- „Partizipation Vielfalt Humanistische Werte“
- „Bunt und verschieden – mit allen Vorteilen und Schwierigkeiten!“
- „Gerechtigkeitsanker“
- „Der Paritätische ist ein Spitzenverband für Organisationen in allen Feldern sozialer Arbeit.“
- „beteiligt, engagiert, tolerant, aufgeklärt“
- „Die Menschenwürde steht immer im Mittelpunkt.“
- „basisorientiert, vielfältig, etwas chaotisch, demokratisch, engagiert“
- „Eine ideologiefreie aber dennoch werteorientierte Arbeit mit und für Menschen.“
- „Jeder ist willkommen mit seinen ganz persönlichen Stärken und Schwächen und seinem ganz persönlichen Hintergrund.“
- „Gemeinschaftliche Interessenvertretung, die auf gemeinsamen Werten basiert.“
- „Weltanschauliche Offenheit und Toleranz“
- „Sprachrohr sein und die Stimme erheben“
- „Die Selbstverständlichkeit: es gibt Benachteiligte und ihnen muss geholfen werden!“
- „...die Gesellschaft immer wieder an soziale Gerechtigkeit für alle Menschen zu erinnern“
- „Der Mensch im Mittelpunkt“
- „Öffentlichkeitsarbeit und Engagement für sozialschwache und kranke Menschen als Dienstleistungsverband.“
- „Gleichheit bei der Mitbestimmung. Jede Stimme steht für sich und findet Gehör im Ganzen.“
- „Der Mensch steht immer im Vordergrund, danach kommen die Regeln“

Was verbindet die Menschen unter unserem Dach in Mitteleuropa? Vertreten wir unsere Werte selbstbewusst nach Außen?

Diesen Fragen stellten sich die Teilnehmer*innen der regionalen Wertekonferenz der PARITÄTISCHEN Landesverbände Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen am 23. September 2015 in Leipzig.

Einblicke aus der Praxis zeigten dabei die tägliche Herausforderung unserer sozialen Arbeit: der Spagat zwischen Sozialwirtschaft und den anspruchsvollen Werten, denen sich der PARITÄTISCHE und seine Mitgliedsorganisationen in der Arbeit mit Menschen und dem Einfluss auf die Gesellschaft verpflichtet fühlt.

Vielfalt, Vertrauen, Respekt, Toleranz, Solidarität, Selbstbestimmung, Offenheit, Glaubwürdigkeit, Würde, ...



Diese Werte standen auch auf den kleinen Buttons, die in Glasschalen im Foyer des Tagungshotels standen. Die Teilnehmer*innen konnten sich zu Beginn entscheiden, welcher PARITÄTISCHE Wert für sie besonders nahe liegt – angeheftet am eigenen Revers kamen viele darüber ins sehr persönliche Gespräch.



In ihrem Statement rief Barbara Stolterfoht, ehemalige Vorsitzende des Gesamtverbandes, dazu auf, sich in der Auseinandersetzung mit Politik, Verwaltung und Kostenträgern auf die eigenen Stärken zu besinnen und selbstbewusst zu sein. Sie verlangte von der Politik, Respekt vor den Leistungen der sozialen Arbeit zu zeigen und die Grundlagen zu schaffen, diese Leistungen auch auskömmlich zu finanzieren. Dabei muss der PARITÄTISCHE seine Werte als besonderen Trumpf ausspielen und den Vertrauensvorschuss, den der Verband in der Öffentlichkeit genießt, auch in der täglichen Arbeit mit Familien und Kindern, Menschen mit Behinderung oder Pflegebedürftigen bestätigen.

Soziale Arbeit mit mehr PS

In Workshops konnten die Teilnehmer*innen ihre Erwartungen und Anregungen zu einer „WERTvollen Zusammenarbeit“ innerhalb der Mitgliedschaft, in Gremien, mit Politik und Verwaltung oder auf der Führungsebene austauschen. Dabei entstand der Begriff der PARITÄTISCHEN Stärke – kurz „PS“ genannt, der unsere Mitglieder verbindet und sie in der Zusammenarbeit oder auch in schwierigen Aushandlungsprozessen mit den Verwaltungen und Kostenträgern stärkt und selbstbewusst macht. Es wurde deutlich, dass Werte nur in der Gestaltung des Alltags, besonders auch des Führungsalltags (vor-)gelebt werden können.

Vielfalt statt Einfalt

Der PARITÄTISCHE kann und muss seine Werte wie Toleranz, Vielfalt, Respekt und Chancengleichheit bei der Herausforderung im Zusammenhang mit dem Flüchtlingszustrom herausstellen – dies wird in der Öffentlichkeit auch so von uns als Wohlfahrtsverband erwartet. Werte tragen in Krisenzeiten und bieten Orientierung bei den notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen, wie auch für uns selbst.

Unser Verband ist mehr als ein „bunter Haufen“, sondern eher ein „vielfältiger Schwarm“ – er bietet Gemeinschaft, Kraft und Sicherheit, um gemeinsame Ziele zu verfolgen. Daher ist der Kranichschwarm auch das Symbol für die Aktivitäten des Landesverbandes anlässlich seines 25-jährigen Jubiläums – und wohl auch darüber hinaus.

Am 14. April 2016 findet die Abschlussveranstaltung des WERTE-DIALOGs im Rahmen des Verbandstages in Berlin statt.

Wir verbinden in Tarifgemeinschaft.

Die Attraktivität als Arbeitgeber für Fachkräfte und die Anerkennung tarifgerechter Mitarbeiterentgelte bei der leistungsgerechten Entgeltfindung sozialer Dienstleistungen steht für viele unserer Mitglieder mehr als bisher im Vordergrund. Deshalb kümmert sich der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt verstärkt um die Weiterentwicklung seiner Arbeitgebervereinigung „PARITÄTISCHE Tarifgemeinschaft“, um die Anpassung des Tarifwerks und die Annäherung an die Vergütungshöhen des öffentlichen Dienstes.

Als ein weiterer Impuls fand am 02. Oktober 2015 ein Fachtag „Tarifentwicklung in der Sozialwirtschaft“ mit guter Resonanz bei unseren Mitgliedsorganisationen, interessierten Betriebsräten und Gewerkschaften sowie Gästen aus der Landespolitik statt. Diese Themen standen im Mittelpunkt unseres Fachtages und wurden zur Zufriedenheit der Anwesenden beantwortet: Tarifvertragliche Regelungen der Arbeits-, Entgelt- und Sozialbedingungen müssen den spezifischen Anforderungen gemeinnütziger sozialer Unternehmen entsprechen. Welche Vorteile hat diese Tarifbindung für die **Attraktivität eines sozialen Unternehmens** und für die Refinanzierung der Kosten durch die Leistungsträger?

Wie muss ein speziell für die **Sozialwirtschaft zugeschnittener Tarifvertrag** die Arbeits- und Entgeltbedingungen der Mitgliedsunternehmen regeln? Welche Bindungen und welche Gestaltungsfreiheit gibt er?

Tarifvertragliche Regelungen entwickeln sich in den letzten Jahren zu einem **Qualitätsmerkmal und Wettbewerbsvorteil**. Auch das neue Tarifautonomie-stärkungsgesetz übt Druck auf die Arbeitgeberseite zur tariflichen Bindung aus. Was bedeutet „Allgemeinverbindlichkeit“ von Tarifverträgen und welche Tendenzen gibt es dazu derzeit in der Bundesrepublik? Was ist der Vorteil, wenn sich der PARITÄTISCHE für einen eigenen tariflichen Weg und einen starken Arbeitgeberverband in der Sozialwirtschaft einsetzt?

Durch bisherige pauschale Steigerungen der Dienstleistungs-Entgelte sind unsere freien Träger / sozialen Unternehmen sowohl von den tatsächlichen Gesteuerungskosten, als auch von tariflichen Bindungen und vergleichsweisen Entwicklungen in anderen Branchen abgekoppelt worden. Wie ist die jetzige und in allen SGB-Bereichen zu erwartende **Rechtsprechung zur Anerkennung tarifgerechter Mitarbeiterentgelte bei der leistungsgerechten Entgeltfindung sozialer Dienstleistungen**? Wie wird sie derzeit in Sachsen-Anhalt angewendet?



Viele Mitglieder des PARITÄTISCHEN zeigen Interesse an einer tariflichen Bindung. Welche Schritte sind zu gehen, wenn man sich aus anderen arbeitsvertraglichen betrieblichen Regelungen in eine Tarifbindung wechselt?

Experten und Anwender kamen zu Wort, Fragen wurden beantwortet, Erfahrungen ausgetauscht.

In den vorangegangenen und jetzigen Tarifverhandlungen der PARITÄTISCHEN Tarifgemeinschaft (PTG) mit den Gewerkschaften GEW und Ver.di wurden grundlegende Festlegungen für die weiteren Verhandlungen zur vereinbarten Weiterentwicklung des Entgelttarifvertrages getroffen:

- Die tariflichen Regelungen im Entgeltbereich werden sich am TVöD orientieren mit dem Ziel, im Jahre 2016 90% des TVöD-Niveaus zu erreichen.

– Die PARITÄTISCHE Tarifgemeinschaft wird mit den Gewerkschaften ein eigenständiges Tarifwerk (Entgelt- und Rahmentarifvertrag) ohne dynamische Verweisungsklauseln zum TVöD entwickeln und anwenden.

– Es wird zukünftig Entgeltordnungen/Eingruppierungsmerkmale geben für die Bereiche

Altenhilfe und Pflege: sie wird sich größtenteils an den Regelungen des TVöD, Besonderer Teil B - Pflege- und Betreuungseinrichtungen (TVöD BT-B), orientieren.

Kinder- und Jugendhilfe: sie wird sich am TVöD Soziales und Erziehungsdienst (TVöD S. u. E.) orientieren.

Eingliederungshilfe: sie ist bisher im TVöD nicht gesondert geregelt; hierfür wird eine eigenständige Entgeltordnung mit eigener Tabelle angestrebt, die sich je nach Berufsgruppen und Tätigkeitsmerkmalen am TVöD BT-B und am TVöD S. u. E. orientiert.

Verwaltung und alle anderen sonst nicht erfassten Tätigkeitsmerkmale und Berufsgruppen: sie werden sich an den Eingruppierungsmerkmalen des TVöD-Verwaltung (TVöD-V) orientieren.

– Im Unterschied zum TVöD strebt die PARITÄTISCHE Tarifgemeinschaft weiterhin eine einheitliche Stufenlaufzeit in den unterschiedlichen Vergütungstabellen an.

Bis Mai 2016 werden die Verhandlungen zu diesen Bereichen abgeschlossen sein. Mit Inkrafttreten dieses Einigungspapieres zum 01. Juli 2016 wird der bisherige Vergütungstarifvertrag durch die Tarifvertragsparteien in Teilbereichen außer Kraft gesetzt und durch die neuen Regelungen ersetzt.

Danach werden sich die Tarifvertragsparteien den weiteren Regelungen im Vergütungstarifvertrag (Jahreszuwendung, Kinderweihnachtsgeld, Betriebliche Altersvorsorge, ...) sowie dem Rahmentarifvertrag zuwenden.

Interessenten können sich an die Referate Finanzierung (Frau Röhl croehl@paritaet-Isa.de) oder Herr Wapenhans awapenhans@paritaet-Isa.de) oder an Frau Mantei smantei@paritaet-Isa.de) wenden.



Tarifgemeinschaft verbindet!

Tarifvertragliche Regelungen sind Qualitätsmerkmal und Wettbewerbsvorteil für die Sozialwirtschaft.



Fachtag „Tarifentwicklung in der Sozialwirtschaft“ am 2. Oktober 2015

Impulse

Wir sitzen in einem Boot –
Hauptsache gemeinsam!



©: Phil Hubbe / Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt 2015

In einem Bootskorso wurde am 13. Juni 2015 die Inklusionsfackel des Netzwerks Inklusion Deutschland auf der Elbe durch die Landeshauptstadt Magdeburg getragen. Dem PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt ist es gelungen, mit über 350 Beteiligten ein Symbol für INKLUSION auf die Elbe zu zaubern.

Wir verstehen unter der Leitidee der Inklusion eine bunte und vielfältige Gesellschaft, in der jeder Mensch seinen Platz findet. In diesem Sinne haben wir Inklusion übersetzt. So bunt wie das Leben waren auch die Boote mit Menschen aus ganz Sachsen-Anhalt besetzt: Sportler*innen mit und ohne Beeinträchtigungen, Vertreter*innen aus Kommunal- und Landespolitik, aus sozialen Organisationen, aus Hochschulen sowie Kinder und Jugendliche.

Wir haben gezeigt, dass sich der Sport dem Thema Inklusion öffnet.

Wir wissen, dass die Politik das Thema stärker als bisher in den Fokus nehmen muss, um aus der Idee der Inklusion Wirklichkeit werden zu lassen.

Wir haben erlebt, wie stark die PARITÄTISCHE Gemeinschaft ist und wir haben über den Tellerrand der Wohlfahrtspflege geschaut und starke Partner*innen außerhalb gefunden, die mit uns am Thema dran sind.

Wir bleiben dran. Der PARITÄTISCHE kennt nicht den einen Weg zu einer inklusiven Gesellschaft. Aber wir haben viele Ideen, bleiben am Ball, treiben den Prozess voran, suchen und finden Partnerschaften, beteiligen und verlieren das Ziel nicht aus den Augen ... frei nach unserem Motto: „Alle in einem Boot – Hauptsache gemeinsam“.



Gemeinsam im Boot

Wir wollen mehr Zeit für die Pflege.



Den bürokratischen Aufwand für die Dokumentationen in der Pflege zu senken und mehr Zeit für die direkte Pflege zu schaffen, ist eine langjährige Forderung unseres Verbandes. Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt unterstützt daher ausdrücklich das bundesweite Projekt zur Entbürokratisierung der Pflegedokumentation und den Praxistest für ein neues Strukturmodell zur „Effizienzsteigerung der Pflegedokumentation“.

Wir begleiten intensiv gemeinsam mit dem PARITÄTISCHEN Bildungswerk Sachsen-Anhalt die teilnehmenden Einrichtungen und Dienste. Hierzu wurde ein passgenaues Konzept entwickelt, mit dem personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt und die erforderlichen Schulungen sowie die weitere Begleitung angeboten werden. Im Zuge der Um-

setzung des Projektes stehen seitens des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt und des PARITÄTISCHEN Bildungswerkes zwei zertifizierte Multiplikatoren für die Schulung und Begleitung der Mitgliedsorganisationen zur Verfügung. Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt ist zudem im landesspezifischen Kooperationsgremium vertreten und kann so direkten Kontakt an die Umsetzungspartner, wie das Bundesprojektbüro, die Regionalkoordinatoren und den Medizinischen Dienst der Krankenkassen, gewährleisten.

Mit einer Auftaktveranstaltung am 26.06.2015 wurde das Projekt gestartet. Mittlerweile konnten bereits 20 Träger im Rahmen der Schulungen in der Anwendung der neuen Dokumentationsroutine geschult werden, weitere Schulungen sind geplant.

Wir schützen Soziales und Demokratie.

Der Paritätische Gesamtverband hat am 10. Oktober 2015 in Berlin gemeinsam mit einem großen bundesweiten Bündnis zur Großdemonstration „TTIP und CETA stoppen“ aufgerufen. Über 150.000 Menschen gingen lautstark auf die Straße – der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt war gut dabei und hat Gesicht gezeigt!

Das überwiegend geheim verhandelte Freihandelsabkommen, kurz TTIP genannt, betrifft uns alle. Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika verhandeln weitgehend hinter verschlossenen Türen über ein umfassendes Freihandelsabkommen, das Macht und Einfluss von großen Konzernen deutlich stärken soll, während Bürgerrechte eingeschränkt werden und demokratisch gewählte Parlamente Handlungsspielräume verlieren. Die Demokratie droht deutlichen Schaden zu nehmen. Auch das Soziale ist durch TTIP gefährdet. Bisher ist keineswegs gesichert, dass gemeinnützige Angebote, wie sie etwa Kindertageseinrichtungen, Pflegedienste, Krankenhäuser, Bildungs- und Beratungsdienste der Wohlfahrtsverbände anbieten, im Rahmen der bisher vorgesehenen Ausnahmeregelungen ausreichend geschützt wären. Dies betrifft beispielsweise auch den Verbraucher- und Umweltschutz.

Wir wollen keine ungebremste Ökonomisierung, sondern soziale Leitplanken für eine demokratische und solidarische Gesellschaft. Es darf keinen Wettlauf um niedrige Sozialstandards und geringe Löhne geben und auch keine privaten Schiedsgerichte, die Staaten für ihre demokratischen Entscheidungen knebeln können. Die Wirtschaft ist für die Menschen da und nicht umgekehrt. Demokratie braucht Transparenz und Beteiligung.



Der Paritätische Gesamtverband war eine der Trägerorganisationen, die gemeinsam mit ATTAC, WWF, Compact, BUND und anderen Organisationen, zu dieser Großdemonstration aufgerufen hatten. Unter dem Motto „Soziales schützen, Demokratie stärken“ haben wir gemeinsam mit vielen Landesverbänden und Mitgliedern an diesem Tag in Berlin ein deutlich sichtbares Zeichen setzen können. Die Veranstaltung war eine der größten Demonstrationen in den letzten Jahren in Deutschland.

Mittlerweile durften die Abgeordneten des Bundestages unter strenger Aufsicht die Papiere lediglich einsehen, um sich einen Eindruck von der Tragweite zu verschaffen und entsprechend politisch handeln zu können. Die Gefahren, die von dem Freihandelsabkommen ausgehen, sind jedoch keinesfalls gebannt.

Deshalb werden die Aktionen unter dem Motto „TTIP – unfair handelbar“ bundesweit fortgesetzt.





Wir setzen Menschen
in den Mittelpunkt.

Viele Menschen mit Beeinträchtigungen, die in Einrichtungen und Diensten der Eingliederungshilfe leben und arbeiten, haben zunehmend einen erhöhten Bedarf an Pflege. Der PARITÄTISCHE und seine Mitgliedsorganisationen im Bereich der Behindertenhilfe haben ein gemeinsames Interesse, auf zunehmende Pflegebedarfe mit entsprechenden Angeboten und Leistungen reagieren zu können.

Mit unserem ersten Werkstatt-Tag am 8. April 2015 »Behandlungspflege in der Eingliederungshilfe« haben wir einen Impuls gesetzt, die notwendigen Prozesse zu befördern und zu begleiten. Mit der Referentin Annelen Schulze Höing (Berlin) hatten wir eine ausgewiesene Fachexpertin vor Ort, die die Veranstaltung inhaltlich und methodisch geleitet und durchgeführt hat.

Was bleibt: Das Thema Behandlungspflege in Einrichtungen der Eingliederungshilfe ist in der Verbandsarbeit ein Dauerbrenner. Gesetzliche Entwicklungen und rechtliche Rahmenbedingungen machen es notwendig, dran zu bleiben, und das werden wir tun!

Wir geben Anstoß! Da wo wir es können, holen wir Expert*innen dazu. Wir befördern Lösungen, die vor allem der einzelnen Person dienen soll, die beste Pflege zu bekommen, egal wo er oder sie lebt.

Wir setzen uns für Menschen mit Beeinträchtigungen ein. In diesem Sinne geht der Verband mit seinen Mitgliedsorganisationen gemeinsam neue Wege.





Das PARITÄTISCHE Jugendwerk Sachsen- Anhalt ist stets offen für Neues und hat erstmals eine Geocaching-Aktion durchgeführt.



In der Kinder- und Jugendarbeit bietet Geocaching (engl. to cache = verstecken), eine moderne Schnitzeljagd mit GPS-Geräten bzw. Smartphone, ganz unterschiedliche Einsatzmöglichkeiten.

In Rahmen der Impulse „25 Jahre PARITÄT“ hat das PARITÄTISCHE Jugendwerk, gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen und anderen Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt, ein weltweit sichtbares Signal gesetzt.

Unsere Idee war folgende: Die interessierten Mitgliedsorganisationen wurden gemeinsam über die Grundlagen des Geocaching informiert und es wurde erläutert, wie sie selbst Geocaches an ihren Einrichtungen platzieren können. Alle gelegten Geocaches wurden optisch, mittels RegioGraph auf einer Landkarte erfasst, zur Festveranstaltung „Wir verbinden, bewahren, verändern“ im September freigeschaltet und sind **weltweit via Internet** sichtbar.

Geocaching ist für viele Themen und Altersgruppen einsetzbar. Es eignet sich insbesondere für die schulische und außerschulische Bildung, für Arbeitsgemeinschaften, Projektwochen, Ferienangebote, Klassenfahrten etc. Durch den hohen Spaß- und Erlebnisfaktor kann Wissen spielerisch vermittelt und vertieft werden. Kinder und Jugendliche werden durch den Einsatz der GPS-Technik bei ihren Interessen abgeholt und haben einen zusätzlichen Reiz, sich draußen zu bewegen. Je nach Aufbau des Caches wird das Miteinander gefördert und partizipative Elemente werden eingesetzt. Es ist die besondere Technik, die die Methode des Geocaching für die Bildungsarbeit qualifiziert. Geoca-

chen ist überall möglich: Auf dem freien Feld, in der Großstadt, auf Wanderwegen oder auf dem Gelände einer sozialen Einrichtung. Das „Aktiv-werden“ beschränkt sich jedoch nicht ausschließlich auf die physische Bewegung von Ort zu Ort. Geocaching, macht generationsübergreifend Spaß. Von jungen Menschen, die durch das Cachen das Interesse an der Natur und an interessanten Orten entdecken, über Familien die das Cachen als gemeinsame Aktivität nutzen, bis hin zu älteren Menschen, oder Menschen mit Handicap, die ihre Zeit gerne aktiv und/ oder in der Gemeinschaft verbringen. Sie entdecken dabei nicht selten ihnen bislang unbekannte Orte und deren Geschichte(n) oder lernen, bekannte Orte neu zu sehen. Digitale Medien dienen auch hier nicht dem Abtauchen in „virtuelle Welten“, sondern dem Erkunden der eigenen Welt, lokaler und regionaler Geschichte(n) des Ortes, an dem man sich gerade befindet. Gelungene „Schatzsuchen“ motivieren über ihren Spiel- bzw. Rätselcharakter. Sie provozieren Fragen und wecken damit Interesse an einem Lerngegenstand. Diesen Fragen kann direkt vor Ort mit Hilfe mobiler Endgeräte (wie z.B. Smartphones) oder in der Nachbereitung nachgegangen werden. Die einen reizt besonders die Knobelei und das Suchen, andere hassen genau dies, denn für sie liegt der Spaß eher darin, sich durch unwegsames Gelände zu kämpfen oder reizvolle Orte zu ergründen und die reine Schatzsuche dabei nur als kleine Nebenfreude 'mitzunehmen'.

Das klingt alles völlig übertrieben und viel zu schwärmerisch? Na, probieren Sie es einfach aus unter www.geocaching.de



Wir planen Hilfe(n) lokal.



Der demografische Wandel, insbesondere die zunehmende Schrumpfung und Alterung unserer Gesellschaft, stellen die Pflegebranche und Unterstützernetzwerke in den kommenden Jahren vor vielfältige Herausforderungen. Im Rahmen der PARITÄTISCHEN Fachveranstaltung „Pflege im demografischen Wandel – Potentiale von Sozialraumorientierung und kommunaler Steuerung“ haben am 12. November 2015 im Halberstädter Rathaussaal 50 Vertreter*innen von Pflegeeinrichtungen und -diensten, der Kommunen sowie der Offenen Altenhilfe über die künftige demographie- und bedarfsgerechte Gestaltung von Pflege- und Unterstützungssettings diskutiert.

Moritz Schnitger von der Universität Potsdam stellte im Rahmen der Veranstaltung Ergebnisse der von der Bertelsmann-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie „Kommunale Ge-

staltungsmöglichkeiten bedürfnisorientierter Pflegestrukturen“ vor. Dabei wurden mehrere kommunale Steuerungsansätze identifiziert, die einen adäquaten Pflege-Mix begünstigen.

Hans-Jürgen Villard und Martin Lehwald (Stadt Magdeburg) beleuchteten die Sozialräumliche Pflege als neue Aufgabe kommunaler Daseinsvorsorge aus verschiedenen Blickwinkeln und illustrierten am Beispiel der Landeshauptstadt Magdeburg mögliche Handlungsoptionen anhand des „Netzwerks Gute Pflege Magdeburg“.

Sich ableitende Folgerungen für künftige Wohn- und Versorgungsformen sowie den Ansatz der Quartiersentwicklung stellte Ursula Kremer-Preiß vom Kuratorium Deutsche Altershilfe vor. Dabei wurde auch deutlich, dass die Diskussion zu künftigen, sozialraumorientierten Versorgungssettings kein ambulant statt stationär meinen kann, sondern dass es um ein ausgewogenes Verhältnis der vor Ort

notwendigen Angebote und einen ausgewogenen Pflege-Mix geht.

Abschließend richtete Dieter Klein, Vorsitzender des Demografiebeirates Sachsen-Anhalt den Blick auf kreative Beispiele der Bewältigung des Demografischen Wandels und ging dabei unter anderem auf multifunktionale Nutzungsansätze wie Multiple Häuser ein.

Im Rahmen der Fachveranstaltung wurde deutlich, dass das Thema der sozialraumorientierten Pflegeplanung als auch die Klärung der Rolle der Kommunen in diesem Zusammenhang unabdingbar mit einer zukunftsfesten Gestaltung von Pflege- und Betreuungssettings verbunden sind. Klare Botschaft der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachveranstaltung war, dass diese Diskussion auch verstärkt von den Kommunen selbst angestoßen werden sollte und überdies ähnliche Veranstaltungen auch in den anderen Regionen Sachsen-Anhalts durchzuführen wären.





Am 08.12.2015 fanden sich 40 interessierte Vertreterinnen und Vertreter von Selbsthilfegruppen, Selbsthilfekontaktstellen und Selbsthilfeorganisationen zu einem Fachtag zusammen, um darüber zu sprechen, wie das Interesse junger Menschen für die Selbsthilfe geweckt werden kann.

Umfragen belegen, dass junge Menschen zu wenig über Selbsthilfe wissen.

Miriam Walther, wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der NAKOS, stellte Ergebnisse einer Befragung aus dem Jahr 2013 vor. Hier wurden 900 junge Menschen zu ihrem Wissen über Selbsthilfe befragt.

Selbsthilfegruppen waren zwar 95% der Befragten bekannt, wurden aber überwiegend mit Suchterkrankungen in Verbindung gebracht. Missverständnisse und Wissensdefizite lagen im vermuteten Zwang, eine Selbsthilfegruppe aufsuchen zu müssen (Verordnung durch den Arzt) sowie dem Glauben, dieses Angebot sei kostenpflichtig. Unklar war oftmals auch, dass Selbsthilfegruppen nicht professionell angeleitet werden.

Die Befragten gaben außerdem Empfehlungen. Neben der Arbeit am Image der Selbsthilfe durch zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit empfahlen sie weiterhin, die zentralen Merkmale der Selbsthilfe zu transportieren:

Austausch, gegenseitige Unterstützung, Gefühl von Zusammengehörigkeit.

Die Anwesenden diskutierten die Möglichkeiten, wie man das Thema in den Medien besser platzieren

könnte, wie Veranstaltungen aussehen müssten, damit sich auch jüngere Menschen interessieren und informieren und welche Haltung jungen Menschen besonders in Verbänden und Gruppen entgegen gebracht werden sollte. Nur da, wo Offenheit wirklich gelebt wird, kann es gelingen, (junge) Menschen zueinander zu bringen.

Die Anwesenden waren sich einig, dass der Fachtag einen Auftakt darstellte und die Sensibilisierung für das Thema Selbsthilfe ein Prozess ist, bei dem alle einen langen Atem beweisen sollten.

Der PARITÄTISCHE, als Verband der Selbsthilfe, wird sich auch zukünftig dem Thema widmen.



Wir entfalten, entwickeln, decken auf.

Zum wiederholten Male war der Kunst- und Kulturwettbewerb „re-lect“ von Menschen mit und ohne Behinderung ein großer Erfolg. Das Finale und die Preisverleihung fanden am 27. September 2015 im Theater der Altmark in Stendal statt.

Die zehn Finalisten von über 38 Bewerbungen aus ganz Sachsen-Anhalt haben ihre Beiträge vor einem begeisterten Publikum präsentiert – die Gewinner wurden in verschiedenen Kategorien prämiert.

Der Wettbewerb hat sich zum Ziel gesetzt, auf die verschiedenen Formen und Ursachen hinzuweisen, warum Menschen an einem selbstbestimmten Leben gehindert werden. Dabei kann es um Vorbehalte und Vorurteile gehen, denen Menschen mit Handicaps tagtäglich begegnen oder auch um Auseinandersetzung mit Intoleranz. Die Bewerber sind bei der Auswahl ihrer Ideen und Präsentationsmöglichkeiten völlig frei, so konnten sie u.a. lyrische, tänzerische, sowie malerische oder filmische Beiträge unter dem Motto „Was behindert uns in der Gesellschaft?“ einreichen. Die Jury um Cordula Jung, Johannes Muschal, Bernd Zürcher und Andreas Bredow hatte die zehn zum Finale nominierten Beiträge im Vorfeld ausgewählt. Im Finale präsentierten die Künstlerinnen und Künstler ihre Beiträge live oder per Video vor dem Publikum.



Das Resümee der Organisatoren des Wettbewerbs fiel einmütig aus:

Der Tag und die Beiträge waren alle sehr beeindruckend und spannend. Alle Beteiligten waren mit großem Enthusiasmus dabei. Höhepunkt war die Siegerehrung. Den zweiten Platz hat Steffen Klein erreicht – er hat den Song von Tim Bentzko „Nur noch kurz die Welt retten“ live auf der Bühne in Gebärdensprache übersetzt. Die Jury hat sich in diesem Jahr für zwei erste Plätze entschieden: Hovhannes Martirosyan von der Fachhochschule Magdeburg mit seinem Film „Zukunft in unseren Händen“ und das Projekt „Ich sehe was, was du nicht siehst“ von der AG Wertvoll, das auch den Publikumspreis erhalten hat. Die Stendaler Pestalozzi-Schule und Streetworker inszenierten einen Rap und erhielten dabei Unterstützung von Schülern des Winkelmann-Gymnasiums und der Komarow-Sekundarschule. Es liegt auf der Hand, dass gemeinsames künstlerisches Schaffen nicht nur viel Spaß macht, sondern auch Barrieren abbaut und für gegenseitiges Verstehen sorgt.



Weitere Impulse aus unserem Jubiläumsjahr

Wir schwärmen für Bewegung



Laufen, Netzwerken und Gutes tun mit diesen Zielen hat der PARITÄTISCHE gern die Schirmherrschaft für die Benefizteams bei der diesjährigen Firmenstaffel im Elbauenpark Magdeburg übernommen. Diese Teams werden von Sponsoren finanziert, die gesammelten Gelder gehen an Einrichtungen und karitative Projekte aus dem Raum Magdeburg.

Wir leben bunt statt braun



Auf der Meile der Demokratie am 17. Januar 2015 in Magdeburg haben wir mit Mitgliedern ein deutliches Zeichen für eine offene, vielfältige und tolerante Gesellschaft gesetzt. So haben wir Blumensamen gesammelt und in bunten Tütchen verteilt, damit unsere Stadt bunt und vielfältig aufblüht.

Wir meistern Herausforderungen



Neben vielen Unternehmen, Einrichtungen und Behörden aus der Region Merseburg, Halle und Leipzig haben auch zwei Teams des PARITÄTISCHEN am Mitteldeutschen Firmentriathlon im Sommer teilgenommen. Dabei waren pro Team die Disziplinen 700 Meter Schwimmen, 30 Kilometer Radfahren und 6 Kilometer Laufen zu absolvieren. Die fast 350 Hobbysportler haben bei hochsommerlichen Temperaturen einen tollen Wettbewerb bestritten.

Wir halten Zusammenleben fest



Die Fotografen Anneliese Klose und Joachim Springer haben alltägliche Begegnungen von Menschen mit und ohne Behinderung festgehalten. Die Fotos wurden in der Landesgeschäftsstelle ausgestellt.

Wir sorgen für ein gutes Ankommen

Unsere Mitgliedsorganisationen im Bereich der Erziehungshilfen stellen sich den aktuellen Herausforderungen des Flüchtlingszustroms und nehmen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge bzw. Asylbewerber auf. In zwei Fachforen mit erfahrenen Experten konnten sich die Träger zu den Rahmenbedingungen austauschen und haben Standards für die Betreuung entwickelt.

Wir entzündeten Feuer im Herzen



Die Winterzauber-Gala in Magdeburg steht wie wir für Aufgeschlossenheit, mehr Miteinander und Wertschätzung in der Gesellschaft - gute Gründe für den PARITÄTISCHEN, die Gastgeberrolle für diesen Event erneut zu übernehmen. Im Rahmen der Gala wurden auch im Januar 2015 wieder 100 Sach- und Zeitwünsche verschiedenster regionaler Initiativen, Projekte und Vereine durch die Gäste ausgewählt und anschließend im Jahresverlauf erfüllt.



Ralf Hattermann
 Referent Hilfen für Menschen mit Behinderung
 Tel.: 0391 / 6293533 • rhaltermann@paritaet-lsa.de



Was ich für ein gutes Leben brauche!



Die landesweite Teilhabekonferenz „Bad Köseger Gespräche“ gibt es seit 4 Jahren. Die einmal im Jahr stattfindende Veranstaltung der LIGA-Verbände bringt konsequent Vertreter*innen aus Werkstattträtern und Bewohner*innenräten als Expert*innen in eigener Sache mit Vertreter*innen aus den Verbänden und aus dem Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt zusammen.

Mit den „Bad Köseger Gesprächen“ hat sich der PARITÄTISCHE gemeinsam mit den LIGA-Verbände auf den Weg gemacht, der bundesweiten Absichtserklärung „Von der Einrichtungszentrierung zur Personzentrierung“ Konturen zu geben. Mit dem Fokus auf eine Personzentrierte Unterstützung tragen die „Bad Köseger Gespräche“ dazu bei, das Bewusstsein für eine gleichberechtigte Anerkennung von Menschen mit Beeinträchtigungen zu schärfen. Dabei geht es im Besonderen darum, die Interaktion und Kommunikation auf Augenhöhe weiter zu stärken.

Diese jährlichen Teilhabekonferenzen sind Ausgangspunkt und Grundlage für weitere Schritte der Bewusstseinsbildung im Sinne der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Sachsen-Anhalt. Eine erste Basis für weitere Entwicklungsschritte in Sachsen-Anhalt stellte bereits das „Eck-Punkte-Papier der Personen-Zentrierten Leistungen für Menschen mit Behinderungen in Sachsen-Anhalt“ dar. Dieses Papier in einfacher Sprache ist ein Ergebnis der „Köseger Gespräche“ 2013.

Im Jahr 2015 wurden die „Bad Köseger Gespräche“ erstmalig konsequent von den LIGA-Verbänden (Fachausschuss Behindertenhilfe) und dem Land (Ministerium für Arbeit und Soziales) gemeinsam geplant und durchgeführt.

Die Ergebnisse, die auch grundlegende Aussagen aus den letzten Jahren beinhalten, werden nunmehr als „Bad Köseger Erklärung“ in leichter Sprache veröffentlicht.

Die „Bad Köseger Erklärung“ bringt auch das gemeinsame Verständnis der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege und des Ministeriums für Arbeit und Soziales in Sachsen-Anhalt zum Ausdruck.

Die „Bad Köseger Gespräche“ werden jedes Jahr gemeinsam durchgeführt und dienen als Modell für örtliche Teilhabekonferenzen in Sachsen-Anhalt. Diese Kommunikation auf Augenhöhe verwirklicht selbstbestimmte Teilhabe im Sinne der Umsetzung der UN-BRK.

Die „Bad Köseger Erklärung“ in leichter Sprache sowie weitere Informationen sind auf unserer Internetseite www.paritaet-lsa.de veröffentlicht.

Alle Menschen sollen über ihr Leben selbst bestimmen können.

Alle Menschen haben die gleichen Rechte.

Alle Menschen gehören dazu.

Menschen mit Beeinträchtigungen sind die Experten und Expertinnen für ihr eigenes Leben.

Darum sollen sie mitmachen und anderen Menschen erklären: Was sie für ein gutes Leben brauchen.

(Auszüge aus der „Bad Köseger Erklärung“)



Das neue KiFöG Sachsen-Anhalt und was bleibt ist Stückwerk!

Vielleicht erinnern Sie sich noch, im Dezember 2012 hat der Landtag in Sachsen-Anhalt das neue Kinderförderungsgesetz mit Mehrheit der CDU und SPD verabschiedet. Es trat zum 1. August 2013 in Kraft. Heute haben wir das Jahr 2016 und das Gesetz wird in vielen Kommunen immer noch nicht umgesetzt. In einigen Gebietskörperschaften erhalten die Träger von Kindertagesstätten weiterhin sogenannte Übergangsvereinbarungen und können keine „Entgelte“ vereinbaren.

Kurz zu den Hintergründen!

Das Bestreben zur Novellierung des Gesetzes bestand unter anderem darin, transparente landesweite Finanzierungsformen herzustellen. Eine deutliche Kritik am Vorgängergesetz lag in der intransparenten Anwendung der Finanzierungspraxis. Die Landespolitik hat sich gefragt, werden die Mittel auch entsprechend für Kindertagesstätten eingesetzt:

- 1.) Was geschieht mit dem 5%tigen Eigenanteil der Freien Träger?
- 2.) Warum klagen so viele Träger darüber, dass die Erzieher*innen nicht gut bezahlt werden, obwohl das Land auf Basis des Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes die Personalkosten an die Kommunen zur Erbringung der Leistung weiter reicht?

Zunächst hat man dafür die Freien Träger in die Verantwortung genommen. Bald wurde aber deutlich, dass die undurchsichtige Finanzierungsform zum Vorteil für die Kommunen war und die Freien Träger extreme Ungleichheiten ausgesetzt waren. Der 5%tige Eigenanteil wurde z.B. nur gegenüber den Freien Träger in Anwendung gebracht (teilweise, nicht überall in gleicher Form). Die Personalkosten der Freien Träger wurden mit den Kommunen „spitz“ abgerechnet, also nach Ist-Kosten. Dies hatte für die Kommunen den Vorteil, dass der Differenzbetrag zwischen TVöD und jeweiligen niedrigeren Tarifvertrag des Freien Trägers von der Kommune einbehalten wurde. Einige Kommunen haben davon profitiert. Landespolitiker, die in verschiedenen Kommunen Einblick in die Finanzen haben, erkannten dies. Ergo veränderte der Landesgesetzgeber aufgrund der schlechten Erfahrungen und fügte im neuen KiFöG eine Kontrollfunktion durch die Landkreise ein. Das Ergebnis war die sogenannte „Hochzönung“ und ein neues Entgeltverfahren. Unmittelbar nach der Verkündung des Gesetzes haben 63 Kommunen beim Landesverfassungsgericht Klage eingereicht. Das Ergebnis wurde im Oktober 2015 verkündet. In großen Teilen wurde das Gesetz als verfassungskonform bestätigt, ebenso die sogenannte Hochzönung, die als Affront des Landes gegenüber der kommunalen

len Selbstverwaltung gedeutet wurde. Nur in einem Punkt folgte das Gericht den klagenden Kommunen, die Einführung der landesweiten Konzeption bildung:elementar und der Qualitätsmanagementsysteme sind neue Anforderungen, die im Rahmen der Konnexität finanziell nachgebessert werden müssen.

Was ist jetzt?

Das Urteil hat leider nicht zu einer Auflösung der Spannungen zwischen Land und Kommunen beigetragen. Unmittelbar nach der Urteilsverkündung hat der Städte- und Gemeindebund eine Empfehlung ausgesprochen, die 50%tigen Finanzierungsanteile konsequent beizubehalten und nicht darüber hinaus zu gehen. Dies wird dazu führen, dass insbesondere die Kitagebühren steigen werden.

Wir dürfen feststellen, dass in den Landkreisen die Fachbehörden „Jugendamt“ die neuen Entgeltvereinbarungen angegangen sind und mit den Trägern von Einrichtungen Leistungs- Qualitäts- und Entgeltvereinbarungen erzielt haben. Nicht überall sofort, aber so, dass der Großteil der Landkreise zu Verhandlungen aufrief und Einvernehmen zwischen dem Freien Träger und dem Landkreis erzielte. In wenigen Landkreisen wurden mit allen Trägern Vereinbarungen erzielt. Manche Landkreise haben vor Beginn der Verhandlungen das Instrumentarium der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII gewählt, um der Intention des SGB VIII folgend Transparenz, Verhandlungen auf Augenhöhe usw. als demokratische Arbeitsweise nutzbar zu machen. Das beförderte interessante Fachdebatten in den Landkreisen, half Grundsätze zu klären und beschleunigte die Vereinbarungen zu Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltverfahren. Auch hat die „Fachlichkeit“ wieder an Bedeutung zugenommen. Ich sage das sehr vorsichtig, da die Dominanz der Entgelte fachliche Debatten vielerorts schlichtweg nicht zuließ. Dennoch, das was viele Jahre überhaupt nicht mehr in den Blick der Betrachtung kam, waren die fachlichen Aspekte konzeptioneller Inhalte. Auch das war ein Ergebnis der Hochzönung: Die Fachbehörde Jugendamt ist für die Qualität und die Förderung der selbigen nach dem SGB VIII zuständig. Im Rahmen der kommunalen



Selbstverwaltung wurde dies mit dem Vorgängergesetz nicht ausreichend berücksichtigt.

Nun haben wir vielerorts ein Vakuum. Die Freien Träger haben transparente, differenzierte Entgelte kalkuliert und vorgelegt. Diverse Gemeinden und Kommunen verweigern konsequent ihr Einverständnis. Häufig mit der Begründung, die Kosten sind zu hoch. Sachliche und/ oder rechtliche Gründe wurden oftmals überhaupt nicht angeführt. In einigen Kommunen und Gemeinden wird den Trägern auch regelrecht gedroht, dass mit Anrufung der Schiedsstelle nach § 78g SGB VIII dem Freien Träger die Kita „abgenommen“ wird. Ein Beleg dafür, wie sich in den vergangenen zwei Jahren die Arbeitsatmosphäre verändert hat, nachdem man zum Teil 15 und mehr Jahre gütlich auskam und die Freien Träger bat, Immobilien zu erwerben, damit die Kindertagesstätte im Ort erhalten werden kann.

Auch von tragischer Bedeutung ist die Beendigung der sogenannten Spitzengespräche zwischen Landkreistag, Städte- und Gemeindebund sowie LIGA der Freien Wohlfahrtspflege zum Rahmenvertrag KIFöG LSA. Deutlich muss hier herausgearbeitet werden, dass konstruktive Gesprächsphasen

zwischen den Beteiligten anzutreffen waren und die LIGA immer wieder schriftlich ausgearbeitete Vorschläge unterbreitete. Zunehmend wurde deutlich, dass die Akteure des Ministeriums für Arbeit und Soziales sowie der öffentlichen Spitzenverbände nicht mehr zueinander kamen. Letztendlich hat das Ministerium nicht die moderierende Rolle in diesem Prozess angenommen und der kommunale Spitzenverband hat nicht entlastend und kompromissbereit auf seine Mitglieder eingewirkt. Auf der Strecke bleiben die mit dem KIFöG LSA angepriesenen transparenten Finanzierungsformen, zum Teil verhärtete Fronten zwischen den Kommunen, den Landkreisen und den Freien Trägern, die einen Konflikt austragen müssen, den sie nicht zu verantworten haben.

Sicherlich ist das KIFöG LSA komplex und muss an wichtigen Stellen – z.B. Finanzierungswege – eine Vereinfachung erfahren. Aber die Atmosphäre ist mancherorts so belastet, dass Stückwerk vorhanden und kein innovatives Gesetz in Anwendung gekommen ist. Das Ministerium und die kommunalen Spitzenverbände stehen in der gemeinsamen Verantwortung Einigung zu erzielen. Wir können nicht mehr abwarten.



Das Pflegestärkungsgesetz – die größte Reform in der Pflege

Bundestag beschließt mit Pflegestärkungsgesetz II größte Reform im Bereich der Pflege seit Einführung der Pflegeversicherung.

Am 13. November 2015 hat der Bundestag nach 2. und 3. Lesung das „Zweite Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften“ (Zweites Pflegestärkungsgesetz) beschlossen. Das Gesetz tritt am 1. Januar 2016 in Kraft und bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrates.

Mit dem Pflegestärkungsgesetz II steht dem Pflegebereich die größte Reform nach Einführung der Pflegeversicherung 1995 bevor. Kern des Gesetzes ist vor allem die Etablierung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes zum 01.01.2017, in deren Folge die bisherigen Pflegestufen durch fünf Pflegegrade abgelöst werden.

Mit den kurz vor der Befassung des Bundestages durch den Gesundheitsausschuss eingebrachten Änderungsanträgen wurden noch mehrere Korrekturen am bisherigen Gesetzentwurf vorgenommen.

Zu den Gesetzesinhalten zählen unter anderem:

Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff und das neue Begutachtungsassessment (NBA)

Zur Gleichstellung von kognitiven und psychischen mit den körperlichen Einschränkungen wird das bestehende System der drei Pflegestufen in ein neues System mit fünf Pflegegraden überführt. Für die Beurteilung der Pflegebedürftigkeit und die Einstufung in die neuen Pflegegrade wird ein "Neues Begutachtungsassessment" (NBA) eingeführt. Mit diesem soll künftig der Grad der Selbständigkeit des Pflegebedürftigen ausschlaggebend für die Einstufung sein – Pflegebedürftigkeit definiert sich dann nicht mehr nur verrichtungsbezogen und es werden keine Minutenwerte in der Begutachtung mehr erhoben. Ein Ende der „Minutenpflege“ bedeutet dies jedoch keinesfalls, da enge Zeitkorridore in der Leistungserbringung aus der Ausgestaltung der Leistungsbeträge und Vergütungen resultieren und nicht aus der Begutachtungslogik hinsichtlich des Vorliegens von Pflegebedürftigkeit.

Überleitungsregeln

Bei der Umstellung auf das neue System sollen umfassende Überleitungs- und Bestandsschutzregelungen eine Benachteiligung der bereits im System befindlichen Pflegebedürftigen verhindern.

Bereits im System befindliche pflegebedürftige Personen werden zur Umstellung auf Pflegegrade nicht neu begutachtet, sondern anhand einer komfortablen Überleitungsregel den neuen Pflegegraden zugeordnet. Hierbei greifen zusätzlich Besitzstandsregeln, die das bisherige Leistungsniveau mindestens absichern.

Abbildung: Überleitung von Pflegestufen in Pflegegrade

Bisherige Pflegestufe	Pflegegrad
Stufe 0	= Grad 2
Stufe 1	= Grad 2
Stufe 1 + PEA	= Grad 3
Stufe 1 + PEA	= Grad 3
Stufe 2	= Grad 3
Stufe 2 + PEA	= Grad 4
Stufe 3	= Grad 4
Stufe 3 + PEA	= Grad 5
Härtefall	= Grad 5

Neue Leistungsbeträge ab 01.01.2017

Die neuen Beträge der Hauptleistungen orientieren sich im Wesentlichen an den bekannten Werten aus dem jetzigen System. Höchst problematisch ist jedoch der Sachleistungsbetrag vollstationär im Pflegegrad 2, welcher sich deutlich unter dem Niveau des Betrages der jetzigen Pflegestufe 1 bewegt. Eine Begründung für dieses Abschmelzen des Betrages blieb der Gesetzgeber schuldig.

Im Pflegegrad 1 sieht der Gesetzgeber einen eher niedrighschwelligen Hilfe- und Unterstützungsbedarf, der ein reduziertes Leistungsniveau auslöst, welches vor allem auf Beratung und niedrighschwellige Unterstützung und insbesondere die Gewährleistung und Sicherstellung der häuslichen Versorgung abzielt.

Hauptleistungsbeträge €	PG 1	PG 2	PG 3	PG 4	PG 5
Geldleistung ambulant	125*	316	545	728	901
Sachleistung ambulant		689	1298	1612	1995
Sachleistung teilstationär		689	1298	1612	1995
Leistungsbetrag stationär	125	770	1262	1775	2005

(* Als Geldbetrag, der für Erstattung der Betreuungs- und Entlastungsleistungen zur Verfügung steht.)

Vollstationäre Pflegeeinrichtungen und Einrichtungseinheitlicher Eigenanteil

Die Vereinbarungspartner (Träger der Pflegeeinrichtungen, Sozialhilfeträger und Pflegekassen) müssen bis zum 30. September 2016 neue Pflegesätze für stationäre Pflegeeinrichtungen vereinbaren. Zudem müssen die Personalstruktur und die Personalschlüssel mit Blick auf den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und die neuen Pflegegrade neu gestaltet werden. Hierzu wird die Pflege-Selbstverwaltung gesetzlich verpflichtet, ein wissenschaftlich fundiertes Personalbemessungssystem zu entwickeln und zu erproben, dies allerdings und bedauerlicherweise erst bis zum Jahr 2020.

Zudem wird künftig der pflegebedingte Eigenanteil in allen Pflegegraden gleich hoch sein: alle Pflegebedürftigen der Pflegegrade 2 bis 5 bezahlen in einer vollstationären Pflegeeinrichtung den gleichen pflegebedingten Eigenanteil. Dieser unterscheidet sich jedoch zwischen den Pflegeheimen. Insgesamt ist festzustellen, dass sich mit dem geringen Leistungsbetrag im Pflegegrad 2, dem Fehlen von Personalschlüsseln für Pflegegrade, den zu verhandelnden Überleitungsregeln bzw. Individualverhandlungen, wirtschaftlichen Risiken durch den einrichtungseinheitlichen Eigenanteil sowie zu erwartenden Veränderungen in der Belegungsstruktur für vollstationäre Einrichtungen enorme Herausforderungen ergeben.

Zusätzliche Betreuung in voll- und teilstationären Einrichtungen

In voll- und teilstationären Pflegeeinrichtungen hat künftig jeder Versicherte Anspruch auf zusätzliche Betreuungsangebote. Die Einrichtungen müssen mit den Pflegekassen entsprechende Vereinbarungen schließen, dies lag bisher im Ermessen der Pflegeeinrichtung.

Pflegequalität

Die Regelungen zur Qualitätssicherung, -prüfung und -darstellung werden grundlegend überarbeitet und die Entscheidungsstrukturen der Selbstverwaltung in diesem Bereich gestrafft. Die Schiedsstelle Qualitätssicherung nach § 113b SGB XI wird zu einem Qualitätsausschuss und damit zu einem effizienten Verhandlungs- und Entscheidungsgremium umgebildet. Der Ausschuss muss in gesetzlich vorgegebenen Fristen und unterstützt von einer qualifizierten Geschäftsstelle ein neues Verfahren der Qualitätsprüfung vereinbaren und dabei insbesondere Indikatoren zur Messung von Ergebnisqualität berücksichtigen. Zudem soll das Verfahren zur Darstellung der Qualität (sog. PflegeTÜV) grundlegend überarbeitet werden. Die Selbstverwaltung erhält den Auftrag, ein Konzept für die Qualitätssicherung in neuen Wohnformen, z.B. ambulant betreuten Wohngruppen, zu erarbeiten.

Seit Ende 2014 wird im Rahmen eines bundesweiten Projektes die flächendeckende Einführung einer vereinfachten „entbürokratisierten“ Pflegedokumentation (Strukturmo-

dell) in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen unterstützt. Das PSG II stellt klar, dass die zeitliche Entlastung der Pflegekräfte durch das neue Pflegedokumentationsmodell nicht zu Personalkürzungen führen darf.

Absicherung der Pflegepersonen

Pflegepersonen, z.B. Pflegenden Angehörige, werden in der Renten- und Arbeitslosenversicherung besser abgesichert: Künftig zahlt die Pflegeversicherung Rentenbeiträge für alle Pflegepersonen, die einen Pflegebedürftigen im Pflegegrad 2-5 mindestens zehn Stunden wöchentlich, verteilt auf mindestens zwei Tage, zu Hause pflegen. Die Rentenbeiträge steigen mit zunehmender Pflegebedürftigkeit. Wer einen Angehörigen mit außerordentlich hohem Unterstützungsbedarf (Pflegegrad 5) pflegt, erhält um 25 Prozent höhere Rentenbeiträge als bisher. Außerdem werden mehr Menschen unterstützt. Denn auch Angehörige, die einen ausschließlich demenzkranken Pflegebedürftigen betreuen, werden über die Rentenversicherung abgesichert. Auch der Versicherungsschutz in der Arbeitslosenversicherung wird verbessert. Für Pflegepersonen, die aus dem Beruf aussteigen, um sich um pflegebedürftige Angehörige zu kümmern, bezahlt die Pflegeversicherung künftig die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für die gesamte Dauer der Pflege Tätigkeit. Die Pflegepersonen haben damit Anspruch auf Arbeitslosengeld und Leistungen der aktiven Arbeitsförderung, falls ein nahtloser Einstieg in eine Beschäftigung nach Ende der Pflege Tätigkeit nicht gelingt.

Finanzierung

Zur Finanzierung des Gesamtvorhabens wird der Beitrag zur Pflegeversicherung ab dem Jahr 2017 um 0,2 Prozentpunkte angehoben. Zusätzlich werden Mittel aus den Rücklagen der Pflegeversicherung nötig sein.

Inkrafttreten

Das Gesetz tritt zum **01.01.2016** in Kraft. Unter den zu diesem Zeitpunkt greifenden Regelungen befinden sich u.a.:

- die Neuordnung der Beratungsstrukturen
- die Übergangsregelungen stationär
- die Neuordnung der Selbstverwaltung (Qualitätsausschuss)

Der Pflegebedürftigkeitsbegriff und sämtliche damit verbundenen leistungsrechtlichen Änderungen, Begriffsbestimmungen und Neuordnungen treten zum 01.01.2017 in Kraft. Darunter befinden sich u.a.:

- die Neuordnung der Angebote zu Unterstützung im Alltag, Entlastungsbetrag, Förderung der Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen und des Ehrenamts sowie der Selbsthilfe.
- die zusätzliche Betreuung und Aktivierung in stationären Pflegeeinrichtungen
- die Regelungen zum Wohngruppenzuschlag i.V. mit der Inanspruchnahme von Tagespflege



Neue Wege – Gemeinsame Ziele

Der PARITÄTISCHE setzte sich gemeinsam mit den anderen Spitzenverbänden für verlässliche sozialpolitische Schwerpunkte im Land ein. Das Land und die kommunalen Spitzenverbände griffen nun eine Initiative der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege auf. Am 17.12.2015 fand dazu eine Auftaktveranstaltung mit 70 Teilnehmern statt.

Das Wichtigste für eine gute Entwicklung ist ein guter Impuls:

2007 plante die Landesregierung, ein Sozialpolitisches Gesamtkonzept „Sachsen-Anhalt 2020“ zu erstellen. Die LIGA-Verbände führten gemeinsam sozialpolitische Foren durch (Kinder, Jugend und Familienhilfe, Gesundheit und Behinderung, Altenhilfe und Pflege), wodurch ein wichtiger Dialog der Wohlfahrtsverbände mit Politikern, Verwaltung, Wissenschaft zu zentralen Problemen und Entwicklungstendenzen in Sachsen-Anhalt ermöglicht wurde. Es gab konkrete Handlungsempfehlungen, die auch 2009 in den Entwurf eines sozialpolitischen Gesamtkonzepts einfließen. Es wurden zehn Handlungsfelder beschrieben und eine Landessozialkonferenz geplant, die Empfehlungen erarbeiten und die Umsetzung von verabredeten Schwerpunkten prüfen sollte.

Wirklich gute Ideen, die leider durch die Regierung und den Landtag nie umgesetzt wurden. Deshalb hatte die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege 2010 einen neuen Impuls gesetzt und ihrerseits Vorschläge für Sozialziele erarbeitet: sie sollten als dynamisch anzupassende Wegweiser und als Impulse für einen erneuten politischen Dialog verstanden werden.



Die Experten aus Wissenschaft, Verbänden und Politik befanden diesen Impuls für gut. Der Landtag fand auch, dass das eine gute Idee ist und erteilte dem Ministerium für Soziales einen Auftrag, diesen Impuls aufzugreifen und Sozialziele für das Land zu erarbeiten. Im Januar 2015 legte die Regierung zunächst einen Sozialbericht für die Jahre 2011 bis 2013 vor; im Dezember 2015 gab es dann endlich eine Einladung für einen neuerlichen Dialog.

Was hatte sich in der Zwischenzeit verändert?

Unser zugrunde liegender Vorschlag „Schiefwege verhindern“ war nun bereits 5 Jahre alt – was ist inzwischen passiert, das man inhaltlich berücksichtigen muss, wenn wir nach vorn denken wollen? Haben sich Rahmenbedingungen geändert? Gibt es neue, zum damaligen Zeitpunkt unbekanntere Herausforderungen oder Rahmenbedingungen?

- Seit 2010 gibt es einen **Landesentwicklungsplan**, der Grundlage zur Sicherung und Entwicklung der Daseinsvorsorge ist. Hier sind Ziele und Grundsätze der Siedlungsstruktur sowie die Einteilung nach Ober-, Mittel- und Unterzentren festgehalten. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist weiterhin ein wichtiges Ziel, was die bedarfsgerechten Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien genauso betrifft, wie die flächendeckende Sicherung der Bedürfnisse der älter werdenden Menschen vor allem in ländlichen Regionen (Gesundheit, Pflege, Betreuung) z.B. durch integrierte Versorgungsstrukturen.

Das **Landesentwicklungsgesetz** Sachsen-Anhalt 2015 stellt hierfür flexible Lösungen vor Ort in den Mittelpunkt – der ländliche Raum ist als Lebens- und Wirtschaftsraum mit eigenständiger Bedeutung zu entwickeln („die Zukunft des Landes entscheidet sich im ländlichen Raum“ stellte die Landkreisversammlung fest).

Ein System zentraler Orte wurde festgelegt – sie sollen Kerne der öffentlichen Daseinsvorsorge sein. Das heißt vor allem: bei zumutbarer Erreichbarkeit muss es Mindeststandards der Versorgungsfunktionen in vielen Bereichen geben:

Wohnen und Arbeiten, Bildung, Handel und Dienstleistungen, Kultur, Sport und Freizeit, Gesundheit und soziale Versorgung, Verwaltung. Das „Soziale“ ist hierbei also nur ein Teil. Andererseits ist es u.E. eben mehr als nur ein Teil – es ist der Kitt aller dieser Bereiche, der entscheidende Garant für Lebensqualität, die über Bindung und Attraktivität der Region entscheidet, wie z.B. Schule, Kita, Versorgung Angehöriger.

Das Landesentwicklungsgesetz regelt, dass allen Bevölkerungsgruppen der gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Zugang zu Versorgungsangeboten zu gewährleisten ist – ein wichtiges Ziel, das auch wir in unserem Sozialziele-Impuls festgehalten hatten.

Außerdem wurden regionale Planungsgemeinschaften festgelegt, wodurch die Entwicklung der sozialen Infrastruktur über die Kreisgrenzen hinaus abgestimmt werden kann – ein guter Raum, um Schwerpunkte sozialer Entwicklung abzustimmen.

Was ist außerdem in den letzten Jahren, seit unserem Sozialziele-Dialogangebot, passiert?

- Der 2014 abgeschlossene **Sozialbericht** und Armuts-/Reichtumsbericht macht deutlich, dass sich die Regionen sehr unterschiedlich entwickelt haben hinsichtlich der Armutsrisiken - zentrale Armutsrisiken sind unverändert hoch!

Wir hatten in unserem Sozialziele-Dialogangebot bereits 2010 diese Risiken in den Mittelpunkt gestellt – wie sich zeigt, leider in weiser Voraussicht. Es bleibt aktuell, welche Ziele konkret in Angriff genommen, welche Hebel angesetzt werden müssen. Wenn man aber die Erkenntnisse aus diesem letzten Sozialbericht einbezieht, zeigt sich, dass die Verringerung von Armutsrisiken konkret in den Regionen abgestimmt sein muss, denn die regionale Entwicklung ist sehr unterschiedlich. Zugleich besteht das Ziel einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Heißt also: alle an einen Tisch, aber regional geerdet.

- Es ist inzwischen allen klar: So wie die Axt im Haus den Zimmermann erspart, lohnt sich eine – zunächst anspruchsvolle – strategische, demografie-flexible Sozialplanung.

Land und Kommunen brauchen eine gute **Sozialplanung** und dabei eine gute Kommunikation aller Partner. Die Freie Wohlfahrtspflege ist ihr Partner – vielfach geübt und erfolgreich, wie z.B. bei der Neuordnung der Beratungsstellen. Wir haben die staatlichen und kommunalen Ziele einer Integrierten Beratung aufgegriffen, mit unseren fachlichen Erfahrungen und Möglichkeiten verglichen und Vorschläge gemacht, uns bewegt und alles in einem längeren Prozess mit ihnen abgestimmt. Ein sehr gutes Muster! Die dabei gemachten Erfahrungen können wir als Impuls für die kommenden Jahre anbieten.

- Wir kennen langfristig wirkende **demografische Veränderungen**. Und wir haben gelernt, dass sie sich auch unvorhergesehen ändern können. Sie sind eben mehr als statistische Rückschau mit Prognosen, sondern auch abhängig von der globalen politischen Entwicklung. Sachsen-Anhalt hat viele Flüchtlinge in kurzer Zeit aufgenommen. Und so manche vernachlässigte soziale Infrastruktur hat sich dabei gerächt. Plötzliche Veränderungen erfordern neues Handeln. Aber die lange fälligen sozialpolitischen Schwerpunkte und Leitplanken werden dadurch nicht hinfällig – ganz im Gegenteil: sie sichern, dass das Immunsystem steht und man sich plötzlichen Änderungen besser anpassen kann.

Was lernen wir aus dieser zurückliegenden Entwicklung?

Neue Wege – gemeinsame Ziele: zu diesem Motto der Auftaktveranstaltung am 17.12.2015 passt eine uns allen wahrscheinlich bekannte Geschichte: Auf ihrem Weg durch den Wald begegnet Alice im Wunderland der Grinsekatz.

„Könntest Du mir bitte sagen, wo ich jetzt hingehen soll?“
„Das hängt ganz davon ab, wo Du hinwillst“, sagte die Katze.
„Eigentlich ist es mir egal“, sagte Alice.
„Dann ist es auch egal, wo Du hingehst“, sagte die Katze.
„Ich möchte nur gern irgendwo hinkommen!“ fügt Alice als Erklärung hinzu.
„Ach, irgendwohin kommst Du bestimmt“, sagte die Katze,
„wenn Du weit genug läufst.“

Für die Bewältigung der Aufgaben der nächsten Jahre brauchen Land und Kommunen genauso wie wir als gesellschaftlich relevante Träger der Freien Wohlfahrtspflege gemeinsam erarbeitete Leitplanken, Schwerpunkte, zu denen es auch Leichtpunkte geben muss, aber eben nicht nach Gutdünken oder nach dem Prinzip des Lautesten oder Billigeren. Solche Leitplanken erleichtern den Kampf um finanzielle Ressourcen: er wird für alle im doppelten Sinne berechenbarer. Diese Einsicht hatte sich am Ende der Veranstaltung bei allen festgesetzt.

Von unserer Seite wurde eingebracht:

- Es müssen langfristig, über Legislaturperioden hinweg Schwerpunkte bei Zielgruppen festgelegt, zu verändernde Probleme in den wichtigsten Lebensbereichen erkannt und erreichbare Ziele möglichst konkret und gemeinsam abgestimmt werden.
- U.E. ist die Flüchtlingsbetreuung und Integration kein neues Handlungsfeld, keine neue wichtige Zielgruppe, neben den von uns empfohlenen, sondern eine Querschnittsaufgabe, die sich in allen Feldern und Zielgruppen wiederfinden wird.
Es ist mit anderen Worten keine neue Problemgruppe, sondern eine Herausforderung an die längst fällige und für uns alle nützliche Interkulturelle/Kultursensible Öffnung von sozialen Einrichtungen. Hierbei handelt es sich um eine Organisationsentwicklung im Rahmen des Freien Trägers bzw. der kommunalen öffentlichen Einrichtungen. Andererseits erfordert die Flüchtlingsversorgung und Integration eine deutliche Entwicklung unserer interkulturellen Kompetenzen bei Fachkräften und Mitarbeitern – eine mittel- und langfristige Personalentwicklung.
- Ein Prinzip ist uns besonders wichtig – es zieht sich durch den gesamten LIGA-Sozialziele-Impuls, aber auch durch Landes – und kommunalpolitische Grundsatzpapiere:

Soziale Gerechtigkeit im Sinne der Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Zugang zu sozialen Leistungen. Indikatoren dafür sind u.a. niedrigschwelliger Zugang, wohnortnahe Erreichbarkeit und Sicherstellung von Inklusion als Grund- und Menschenrecht.

Positionen

- Kriterien für die Beurteilung, in welchem Maße dieses uns allen so wichtige Prinzip umgesetzt wird und welche Ziele damit auch verbindlich festgelegt sein sollen, sind u.E.:
 - Beteiligung von Bürgern / Anspruchsberechtigten / „Betroffenen“,
 - und besonders: Selbstbestimmung (z.B. hinsichtlich Lebens-, Wohnort, Inanspruchnahme von Leistungen),
 - Stärkung der Selbsthilfe,
 - Orientierung am konkreten Sozialraum,
 - interdisziplinäre und rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit,
 - interkulturelle Öffnung der Einrichtungen,
 - Prävention.

In der Veranstaltung wurden neben diesen auch weitere Impulse eingebracht, wie vom Statistischen Landesamt zu Sozialindikatoren und den Potentialen des neuen Strukturkompass, der für alle online verfügbar ist:

<http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/apps/StrukturKompass>



In workshops gingen Teilnehmer aus Verbänden, Kommunen, Parteien der Frage nach, wo wir in der Zukunft Schwerpunkte setzen sollten und welche Herausforderungen das an alle Beteiligten stellt.

Die Ergebnisse der workshops lassen sich kurz zusammenfassen:

1. Wir brauchen eine ganzheitliche, d.h. beteiligungsorientierte, nachhaltige kommunale und landesweite Sozialplanung, die die sozialen Bereiche und Ressorts übergreift.
2. Dafür sind abgestimmte Sozialindikatoren genauso hilfreich, wie gemeinsam festgelegte sozialpolitische Schwerpunkte.
3. Substantiell muss in den Mittelpunkt gestellt werden: die Verringerung von bekannten Armutsrisiken zur besseren Teilhabe aller, Inklusion, Generationengerechtigkeit.

Die Organisatoren dieser Veranstaltung (Sozialministerium, kommunale Spitzenverbände und LIGA der Freien Wohlfahrtspflege) empfehlen, in den kommenden Jahren besser als bisher die Sozialberichte auszuwerten, klare Indikatoren zu vereinbaren, an denen die Entwicklung der Sozialen Infrastruktur gemessen werden soll und die kommunale Sozialplanung zu unterstützen.

Unser Verband wird nun (weiterhin) darauf hinwirken, dass

- die Erkenntnisse aus landesweiten und kommunalen Sozialberichten besser als bisher mit allen Beteiligten ausgewertet werden und wir dadurch unsere Angebote demografie-flexibel anpassen oder neue Impulse setzen können
- regionale Austauschforen zur Unterstützung der kommunalen Sozial- und Finanzplanung organisiert werden und dadurch eine wirklich bedarfsgerechte und vielfaltförderliche soziale Infrastruktur gesichert werden kann und
- dabei gemeinsam vereinbarte „Sozialindikatoren“ und Ziele entstehen, die über parlamentarische Legislaturperioden, Ressorts und Dienstleistungsbereiche hinausreichen, Probleme früher erkennen lassen, gleichwertige Lebensbedingungen und Zufriedenheit wirklich messbar machen und daraus die Finanzierung abgeleitet wird.

Zur Unterstützung dieser verbandlichen Aktivitäten und für die Mitwirkung unserer Mitglieder haben wir unser Interesse für ein ESF-Projekt im Rahmen des Programms „rückenwind für die Sozialwirtschaft“ eingereicht.



Marcel Kabel
Referent Altenhilfe und Pflege
Tel.: 0391 / 6293508 • mkabel@paritaet-lsa.de

Reform der Pflegeausbildung: PARITÄTISCHER kritisiert Pläne der Bundesregierung

Das Bundeskabinett hat am 13.01.2016 den Gesetzentwurf zur Reform der Pflegeberufe beschlossen. Das Gesetz sieht eine gemeinsame Pflegeberufsausbildung für die bisherigen getrennten Ausbildungen in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege vor. Der erste Jahrgang des neuen Ausbildungsberufs zur Pflegefachfrau/ zum Pflegefachmann soll voraussichtlich im Jahr 2018 starten.

Der PARITÄTISCHE kritisiert die vom Kabinett verabschiedeten Pläne für ein Pflegeberufsgesetz als unfertig und handwerklich noch nicht zu Ende gedacht. Angesichts zahlreicher noch offener Fragen, insbesondere zur Umsetzung der Reform, rät der Verband dringend von einer schnellen Verabschiedung des Gesetzes ab.

„Der vorliegende Gesetzentwurf wirft im Moment noch mehr Fragen auf, als dass er Probleme zuverlässig lösen würde. Wenn der Bundesregierung an Qualität und Attraktivität der Pflegeberufe gelegen ist, muss sie Gründlichkeit vor Schnelligkeit walten lassen und hier dringend noch einmal nacharbeiten“, fordert Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes.

Um die Attraktivität des Pflegeberufes zu erhöhen, seien die Rahmenbedingungen der Ausbildung und auch die Durchlässigkeit zwischen Einsatzgebieten zwar ein zentraler Schlüssel, so der Verband. Aber schon die grundsätzliche Frage, ob eine generalistische Ausbildung die richtige Lösung sei, bedürfe angesichts des vorliegenden Entwur-

fes noch einer weiteren Diskussion. So stelle sich mit Blick auf die Skepsis vieler Praktiker tatsächlich die Frage, ob insbesondere Kinderkrankenschwestern mit einbezogen werden sollten. „Unabhängig von der Frage, wie weit sich die Pflege eines Frühgeborenen mit der eines alten Menschen vergleichen lässt, ist von noch größerer Bedeutung die Frage, wo die Ausbildungseinsatzstellen für die vielen Pflegerinnen und Pfleger im Bereich der Säuglings- und Kinderpflege herkommen sollen. Statt 2.500 müssten mit Inkrafttreten des Gesetzes künftig jährlich rund 40.000 Auszubildende Pflichteinsätze in der Kinderkrankenpflege absolvieren“, so Schneider.

Der Verband sieht darüber hinaus insbesondere noch Klärungsbedarf bezüglich der Finanzierung der Pflegeausbildung. Auch sei die Frage der tatsächlichen Ausbildungsinhalte noch nicht hinreichend konkretisiert worden.

Im Dialog mit den politischen Entscheidungsträgern wird der PARITÄTISCHE diese Kritik deutlich zum Ausdruck bringen.





Der PARITÄTISCHE engagiert sich für Bürgermedien

In der 5. Amtsperiode der Versammlung der Medienanstalt Sachsen-Anhalt (MSA) ist der PARITÄTISCHE als „relevante gesellschaftliche Gruppe“ wieder eines von 25 Mitgliedern. Neben Vertretern von Parteien, Kirchen und anderen Verbänden aus der Zivilgesellschaft wird hier über die Zulassung von privaten Rundfunkveranstaltungen sowie über die grundsätzliche Entwicklung der Rundfunklandschaft in Sachsen-Anhalt entschieden. Die Medienanstalt unterstützt die privaten Fernseh- und Rundfunkveranstalter und besonders die Bürgermedien auf dem Weg in die digitale Medienwelt. Außerdem bleibt - neben Aufsicht und Kontrolle - die Vermittlung von Medienkompetenzen vor allem für Kinder und Jugendliche eine zentrale Aufgabe der MSA.



Versammlungsmitglieder

Der PARITÄTISCHE ist vertreten durch die Landesgeschäftsführerin, Frau Dr. Gabriele Girke. Auch aus Mitgliedsorganisationen, z.B. dem Landesnetzwerk der Migrantenselbstorganisationen, engagieren sich in der Versammlung der MSA Menschen für aktuelle medien- und netzpolitische Themen.

Im Zentrum des Engagements des PARITÄTISCHEN stehen die Bürgermedien. Zwei unserer Mitgliedsorganisationen, Stendaler Fernsehen-Offener Kanal e.V. und Nest e.V. / WTV - Der Offene Kanal aus Wettin e.V. betreiben solche Bürgermedien und kooperieren in vielen Projekten mit anderen Mitgliedsorganisationen und dem Landesverband.

In den Offenen Kanälen werden werbefrei Fernseh- und Hörfunkbeiträge von Bürgerinnen und Bürgern für Bürgerinnen und Bürger gemacht. Hier gibt es keine scharfe Trennlinie zwischen Produzent und Konsument – sie verschwindet sogar meist völlig. Die Nutzer der Offenen Kanäle nehmen ihr Grundrecht auf Meinungsfreiheit wahr und durchlaufen dabei einen intensiven Bildungsprozess, der ihnen ausgeprägte Grundkenntnisse über die elektronischen Medien und deren Möglichkeiten und Probleme vermittelt. In Sachsen-Anhalt ermöglichen sieben Offene Kanäle mit Unterstützung der MSA den kostenlosen, selbstverantworteten und unzensierten Zugang zu TV-Produktions- und Sendeanlagen. Verbreitet wird das Programm in den örtlichen Kabelnetzen.



Die Offenen Kanäle berichten von Sportereignissen, Stadtratssitzungen, Feierlichkeiten, Bürgerfesten, Demonstrationen, sozialen Projekten in der Region. Viele Nutzer*innen und Ehrenamtliche produzieren hier nicht nur wertvolle Informationen und tragen zur Meinungsbildung in der Bevölkerung bei. Die Nutzer*innen lernen durch diese Produktionen und in den Projekten den Umgang mit Medien. Sie finden sich dadurch verantwortungsbewusster und selbstbestimmter zurecht in der vielfältigen Medienlandschaft.

Einer der Aufgabenschwerpunkte der Medienanstalt Sachsen-Anhalt (MSA) liegt in der Vermittlung von Medienkompetenz. Kompetenter Umgang mit Medien und Orientierung in einer sich dynamisch entwickelnden Medienwelt gelten als Kernkompetenzen und gehören unabhängig vom Lebensalter der Menschen zu den Schlüsselkompetenzen des Alltags und des Arbeitslebens.

Unter www.msa-online.de/medienkompetenz finden Sie stets aktuelle Angebote des Medienkompetenzzentrum (MKZ) der MSA. Es bietet den Bürgerinnen und Bürgern Sachsens-Anhalts die Möglichkeit, Kenntnisse zu inhaltlichen und technischen Grundlagen von Medienproduktion und Medienpädagogik zu erwerben. „Abendkurse“ ermöglichen besonders Berufstätigen die Chance der Teilnahme an Seminaren. Einen Teil des Schulungsangebotes des Medienkompetenzzentrums kann man auch vor Ort in den Offenen Kanälen (OKs) und in den Nichtkommerziellen Lokalradios (NKLs) wahrnehmen.



Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention

Im Sommer wurde das Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention (kurz: Präventionsgesetz) verabschiedet. Zum 01.01.2016 tritt es nun in Kraft.

Durch das Gesetz sind die gesetzlichen Krankenkassen verpflichtet, die Ausgaben für Gesundheitsförderung und Prävention maßgeblich zu erhöhen (von 3,17€ pro Versichertem im Jahr 2015 auf 7,00€ pro Versichertem im Jahr 2016). Dies gilt auch für Gesundheitsförderung in den Settings (Kitas, Schulen, Betriebe, Stadtteile, Einrichtungen der Jugendhilfe, Behinderten- und Altenpflegeeinrichtungen). Für den Zugang zu den Lebenswelten und die Umsetzung und Ausgestaltung der Maßnahmen stellen die Wohlfahrtsverbände wichtige Akteure dar.

Aktuell verhandeln die zu beteiligenden Sozialversicherungsträger mit dem Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung die Ausgestaltung über die Bundesrahmenempfehlungen zur Gesundheitsförderung und Prävention. Diese Bundesrahmenempfehlungen müssen bis spätestens 31.12.2015 abgestimmt sein und vorliegen. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung wird maßgeblich an der Entwicklung und Implementierung von Programmen zur Förderung der Gesundheit in Lebenswelten beteiligt.

Darüber hinaus müssen ebenfalls bis Ende des Jahres bundeseinheitliche Handlungsfelder und Kriterien für die Leistungen zur Prävention und Gesundheitsförderung unter Berücksichtigung der Gesundheitsziele feststehen.

Die nationalen Gesundheitsziele sind folgende:

- Diabetes mellitus Typ 2: Erkrankungsrisiko senken, Erkrankte früh erkennen und behandeln (formuliert im Jahr 2003)
- Brustkrebs: Sterberate vermindern, Lebensqualität erhöhen (2003)
- Tabakkonsum reduzieren (2003, Aktualisierung 2015)
- Gesund aufwachsen: Lebenskompetenz, Bewegung, Ernährung (2003, Aktualisierung 2010)
- Patientensouveränität stärken: gesundheitliche Kompetenzen fördern (2003, Aktualisierung 2011)
- Depressive Erkrankungen: verhindern, früh erkennen, nachhaltig behandeln (2006)
- Gesund älter werden (2012)
- Alkoholkonsum reduzieren (2015)

Die Bundesrahmenempfehlungen sollen in den einzelnen Ländern durch Landesrahmenempfehlungen ergänzt werden.

Um die finanziellen Mittel sinnvoll einzusetzen, müssen auch auf Landesebene Rahmenvereinbarungen zwischen der Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung und den dafür zuständigen Stellen der Länder abgeschlossen werden. Zu beteiligen sind weiterhin die Bundesagentur für Arbeit, die für den Arbeitsschutz zuständige oberste Landesbehörde und die kommunalen Spitzenverbände. Die Privaten Krankenversicherungen können sich freiwillig einbringen.

In den Empfehlungen sollen auch Ziele, Handlungsfelder, relevante Einrichtungen und Organisationen benannt werden. Ebenso können die länderspezifischen Gesundheitsziele die Grundlage für Maßnahmen im Rahmen des Gesetzes darstellen. Außerdem wird eine einvernehmliche Klärung von Zuständigkeitsfragen erwartet.

Für Sachsen-Anhalt ist die Landesrahmenvereinbarung nach derzeitigen Informationen im 2. Quartal 2016 zu erwarten.

Gesundheitsförderung und Prävention sind eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Die inhaltliche und finanzielle Verantwortung für die Umsetzung des Gesetzes liegt im Schwerpunkt jedoch bei der Gesetzlichen Krankenversicherung. Alle Akteure müssen aktiv und zielgerichtet an der Umsetzung mitarbeiten, um die sozial bedingte Ungleichheit von Gesundheitschancen zu vermindern.



Antje Ludwig
Referentin Vorstand / Geschäftsführung
Tel.: 0391 / 6293505 • aludwig@paritaet-lsa.de

Armut war gestern? Wir schaffen das!?

Im Vorfeld der Landtagswahlen im März 2016 hat der PARITÄTISCHE, gemeinsam mit dem Familienhaus Magdeburg, am 17. Februar 2016 landesweit tätige Mitgliedsorganisationen und Kandidat*innen, die sich zur Wahl stellen, zu einem Diskurs eingeladen.

Im Mittelpunkt der Fachveranstaltung, an der zahlreiche Fachleute mitgewirkt haben, stand die Frage, ob „Armut“ noch im öffentlichen Bewusstsein präsent ist bzw. im Focus politischen Handelns steht.

Der PARITÄTISCHE in Sachsen-Anhalt hat das Thema seit vielen Jahren auf der Agenda. Die Erfahrungen aus der unmittelbaren sozialen Arbeit in den Regionen und Sozialräumen zeigen deutlich auf, dass es nach wie vor eine hohe Armutsgefährdung bei bestimmten Zielgruppen gibt, die sich auch teilweise über Generationen verfestigt hat und dass insbesondere die Bevölkerung in strukturschwachen Regionen von Armut betroffen ist.

In seinem Impulsvortrag „Kampf um die Armut“ ging der Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes, Dr. Ulrich Schneider, auf die derzeitige Gesamtsituation in Deutschland ein und klagte insbesondere die Ignoranz der Politik zu diesem Thema an. Er wies darauf hin, dass es durch Armut eine systematische Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen aus unserer Gesellschaft gebe und sich diese Situation in den letzten Jahren verschlechtert habe. Eine Lösung wäre die bereits seit vielen Jahren geforderte Änderung in der Steuer- und Finanzpolitik – ein tatsächliches „Um-Fair-teilen“.



Dr. Britta Krause, Referentin im Sozialministerium, stellte die zentralen Ergebnisse des Armuts- und Reichtumsberichtes des Landes von 2015 vor, der einen besonderen Focus auf die intergenerationale Armut und die regionale

Verteilung gelegt hat. Insbesondere die Landkreise Mansfeld-Südharz, Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld zeigen hohe Quoten auf.

Gefährdungsgruppe seien Alleinerziehende und Familien mit Migrationshintergrund. Dies sei u.a. auf zu geringe Bildungs- und Formalabschlüsse zurückzuführen und die damit verbundenen schlechteren Chancen auf auskömmliche Erwerbstätigkeit.

„Denkanstöße“ gab es anschließend aus den unterschiedlichen Handlungsfeldern des PARITÄTISCHEN und aus den Perspektiven der betreuten Menschen:

- Armutsgefährdung, weil man jung ist?
Siegfried Hutsch, Jugendhilferreferent
- Neu angekommen und von Armut bedroht?
Mamad Mohamad, LAMSA
- Junge Familien und Alleinerziehende?
Marina Wölk, Familienhaus
- Gefährdung bei Menschen mit Beeinträchtigungen?
Waltraut Wolf, Lebenshilfe

Diese sehr beeindruckenden Einblicke in die Lebenswelt von Menschen, die in einer mitunter dauerhaften Gefährdung von Armut leben, waren die Grundlage für die anschließenden „Tischgespräche“ der Teilnehmer*innen. Diese Diskussionen griffen nicht nur die Ursachen auf, es wurden in erster Linie auch Interventions- und Handlungsmöglichkeiten besprochen und dabei auch „best practice“ Beispiele aufgezeigt.

In der abschließenden Podiumsrunde befragte die Landesgeschäftsführerin, Dr. Gabriele Girke, die Kandidat*innen zur Landtagswahl, Petra Grimm-Benne (SPD), Sabine Dierlich (LINKE), Cornelia Lüddemann (Grüne) und Lydia Hüskens (FDP) nach den Maßnahmen ihrer Parteien zu Armutsbekämpfung.

Alle waren sich einig, dass Armut nach wie vor ein wichtiges Thema ist, weil es Teilhabechancen und damit auch die Lebensperspektiven einschränkt.

Der aktuelle **Armutsbericht des Gesamtverbandes** 2016 gibt vertiefende Einblicke unter www.der-paritaetische/armutsbericht.de.



Vielfalt statt Einfalt



Unter dem Motto „Vielfalt statt Einfalt“ beteiligte sich der PARITÄTISCHE am 16. Januar 2016 bei der Meile der Demokratie in Magdeburg und gestaltete gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen auf dem Breiten Weg einen großen Aktionsstand.

So gedachten wir einerseits den Opfern der Zerstörung Magdeburgs im 2. Weltkrieg vor 71 Jahren und zeigten andererseits, dass der PARITÄTISCHE für eine offene, vielfältige und tolerante Gesellschaft steht.

Bei heißem Tee kamen wir mit den Magdeburger*innen gut ins Gespräch. „Wie kann Integration gelingen“ war ein wichtiges Thema. Unsere Button mit den Slogan „Wir haben was gegen braune Brühe – Vielfalt“ oder „Vielfalt statt Einfalt“ landeten bei vielen Menschen am Schal oder an der Jacke und machten deutlich, dass rechtes und rassistisches Denken in unserer Gesellschaft keinen Platz hat.

Der Duft der Bratwürste vom Grill beim Verein Der Weg e.V. lockte die Menschen an und während die Erwachsenen miteinander im Gespräch waren, probierten die Kinder das Wurfspiel aus oder nutzen die Buttonmaschine der Drobs Magdeburg, um Button selbst zu gestalten. Die Mitarbeiterinnen des Alten- und Service-Zentrums Kannenstieg (ASZ) hatten Informationsmaterial dabei und unterstützten die Kinder beim Gestalten der Button.

Die Jugendlichen aus dem Jugendclub der Jungen Humanisten Magdeburg e.V. nahmen die Meilebesucher*innen mit in ein dunkles Zelt, um dort mit Taschenlampe und Kamera Light-Graffiti Bilder zu zaubern. Die Kinderbau-stelle und der Infostand des Deutschen Familienverbandes Sachsen-Anhalt waren ebenfalls gut besucht.

Die Meile der Demokratie in Magdeburg hat deutlich gezeigt, dass Zivilgesellschaft viel vermag, denn rechte Demos und Aufmärsche, wie sie in den letzten Jahren stattfanden, konnten in diesem Jahr fast vollständig verhindert werden.





Dr. Peter Piechotta
Regionalleiter Süd
Tel.: 0345/52041-15 • ppiechotta@paritaet-isa.de

Fremd sein und doch nicht allein

Das Thema Asyl- und Flüchtlingspolitik beschäftigt den PARITÄTISCHEN in der Regionalstelle Süd nicht erst seit dem großen Flüchtlingsstrom im vergangenen Jahr. Mit den Beratungsstellen für Flüchtlinge nach dem Landesaufnahmegesetz in Halle (Saale) und Merseburg sowie dem Flüchtlingsfrauenhaus in Halle sind wir seit Jahren ganz nah an den Problemen. Es gab und gibt in diesem Bereich eine enge Zusammenarbeit und zahlreiche Projekte, z.B. eine Übergabe von Fahrrädern an Flüchtlinge in Merseburg, ein gemeinsames Sommerfest mit der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft oder ein Projekt mit Jurastudent*innen der MLU in Halle. In letzterem berät dabei eine Gruppe Student*innen Flüchtlinge zu Rechtsfragen. Die Akten erhalten die Teilnehmer z. B. von den Sozialarbeiter*innen der Beratungsstelle des PARITÄTISCHEN, wenn diese nicht weiterhelfen können.

Im Rahmen einer erfolgreich verlaufenen Asylkonferenz des Saalekreises am Ende letzten Jahres sind zahlreiche unterstützende Ideen und Anregungen entstanden. Besonders verdeutlichten die Teilnehmer*innen aus Verbänden, Politik und Verwaltungen, dass es gerade in der jetzigen Flüchtlingssituation einer professionellen Koordination ehrenamtlichen Engagements bedarf. In der Stadt Halle hat diese Aufgabe die Freiwilligenagentur übernommen, im Saalekreis sind in den letzten Monaten zahlreiche ehrenamtliche Unterstützungsstrukturen und -mechanismen entstanden, die aber unkoordiniert und damit ineffektiv nebeneinander agieren, neue notwendige Initiativen können ohne Unterstützung nur schwer in Gang gebracht werden. Die Regionalstelle hat daraufhin entschieden, eine Ehrenamtskoordinierungsstelle für Flüchtlinge und Migranten zu schaffen. Das beantragte Projekt mit einem Mitarbeiter und zwei vom Eigenbetrieb für Arbeit Saalekreis geförderten Mitarbeitern ist inzwischen in der Startphase. Die Stelle wird als Koordinator und Organisator sowohl von Ehrenamtlichen aus dem Saalekreis als auch von Flüchtlingen für Flüchtlinge dazu beitragen eine Willkommenskultur entstehen zu lassen, die Flüchtlinge in die Lage versetzt, sich in das bestehende Gemeinwesen zu integrieren ohne ihre eigene Kultur zu verlieren. Wenn bei Veranstaltungen und Treffen Strukturen,



Normen und Bräuche in Deutschland, z. B. Bedeutung der jahreszeitlichen Feste, der Schulpflicht, Essensgewohnheiten etc. vermittelt werden, können gleichzeitig Einheimische ihre Kenntnisse über die fremden Kulturen erweitern und so Ängste und Vorbehalte abbauen.

Die Tätigkeitsfelder und Leistungen der Koordinierungsstelle sind vielfältig und gliedern sich in drei Teilabschnitte:

1. Erhebung und Listung vorhandener Angebote
2. Erweiterung der Angebote und Schulung Ehrenamtlicher
3. Entwicklung langfristiger Strukturen

Dabei werden hauptamtliche Stellen der Flüchtlingsarbeit sowie bereits bestehende Netzwerke (z.B. weltöffener Saalekreis) engmaschig einbezogen.

Die fachliche Anleitung, Betreuung und Unterstützung wird durch die bestehende Migrationsberatungsstelle nach dem Landesaufnahmegesetz im Saalekreis und die Regionalstelle Süd unterstützt. Erfahrungsaustausch, die Entwicklung von Handlungsstrategien und Fortbildung stehen im Mittelpunkt, um die Informations- und Beratungstätigkeit für Ehrenamtliche zu optimieren. Für spezielle Themen können Referent*innen aus bestehenden regionalen Netzwerken oder dem Landesnetzwerk für Migrantenorganisationen (LAMSA) genutzt werden.

An vorderster Stelle allerdings steht dabei, unsere Mitgliedsorganisationen in den Prozess mit einzubeziehen und zu unterstützen. Und diese waren in den letzten Monaten wahrlich nicht untätig.

So hat z. B. der Verein FUKS aus Zeitz die sozialpädagogische Betreuung der Flüchtlinge in der Außenstelle der ZAST in Kretzschau übernommen, der Kinderschutzbund in Halle eine Integrationsstelle zur Vermittlung von Kultur und Sprache geschaffen oder das Medizinische Zentrum in seinen Vereinsräumen ein Begegnungscafé für ausländische Frauen eingerichtet.

So versuchen die verschiedensten Akteure weiterhin, ihre Projekte interkulturell zu öffnen und eine wertschätzende Willkommenskultur zu schaffen und zu erhalten.



Tag der Begegnung auf Gut Mößnitz



Auch die Organisatoren wurden zu Akteuren: mit professionellen Künstlern wurde für die Teilnehmer*innen eine Überraschung vorbereitet und so wurde die Botschaft der Inklusion nach außen getragen.

So ging es an diesem Tag auch darum, Toleranz zu leben und zu erleben, Anerkennung zu erfahren für die dargebotene Leistung und Stolz zu entwickeln sowie Akzeptanz in unserer Gesellschaft.



Am 15. Oktober 2015 erlebten unsere Mitgliedsorganisationen und viele Gäste einen Tag der Begegnung von Menschen mit und ohne Behinderung auf Gut Mößnitz im Landkreis Anhalt-Bitterfeld.

Unter dem Motto „Tanz bewegt Visionen – eine Chance für das Miteinander“ erfreuten sich über 100 Akteure und Gäste gegenseitig mit ihren kreativen Darbietungen.

Kinder aus integrativen Kindertagesstätten sowie Jugendliche und junge Erwachsene aus den Einrichtungen der Lebenshilfen zeigten Tanzspiele und Gesang, bei denen alle zum Mitmachen aufgefordert wurden – gute Laune steckt eben jeden an.

Unter den 100 Teilnehmern wurden auch Schwer- und Schwerstbehinderte aus dem gesamten Landkreis begrüßt, die im Vorfeld fleißig für den Auftritt geprobt haben.





Bernd Zürcher
Regionalleiter Nord
Tel.: 03931 / 689421 • bzuercher@paritaet-lsa.de

Wir begegnen uns in einer außergewöhnlichen Stadtführung

Aus Anlass des Europäischen Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen hat der PARITÄTISCHE – Regionalstelle Nord eine ganz „Persönliche Stadtführung“ durch Stendal auf ganz außergewöhnliche Weise umgesetzt.

Gefördert wurde das Ganze durch die „Aktion Mensch“.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger mit und ohne Behinderung entdeckten gemeinsam ihre Stadt und erkundeten auch unbekannte Ecken und Winkel.

So war es durch mitgeführte Rollstühle möglich, sich in die herausfordernden Alltagssituationen von Rollstuhlfahrern hineinzuversetzen und somit die Perspektive zu wechseln. Es war für viele Teilnehmer*innen eine ganz besondere Erfahrung, damit Teilstrecken selber zurückzulegen oder den Rollstuhl über mitunter beschwerliche Straßen mit Schwellen, Kopfsteinpflaster zu schieben.

Die gesamte Stadtführung wurde von Gebärdendolmetscher*innen begleitet und übersetzt.



Bitte vormerken!

Liebe Mitglieder,

wir möchten Sie bereits jetzt darauf aufmerksam machen, dass gemäß § 7, Abs. 3 der Satzung des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt die nächste Mitgliederversammlung mit Neuwahl des Vorstandes:

am Freitag, 16. September 2016

von: 10:00 Uhr bis ca. 16:00 Uhr

in: Magdeburg, Halberstädter Straße 85

stattfindet.

Die Unterlagen zur Vorbereitung der Vorstandswahlen und die Liste der Kandidat*innen gehen Ihnen rechtzeitig zu.

Der Vorstand





»BLICKPUNKTE« erscheint zweimal jährlich.

Herausgeber:	Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt Wiener Straße 2 • 39112 Magdeburg
Geschäftsführerin:	Dr. Gabriele Girke Telefon: 0391 6293420 ggirke@paritaet-lsa.de
Redaktion:	Antje Ludwig Telefon: 0391 6293505 aludwig@paritaet-lsa.de
PrePress und Druck:	MDsport Agentur · Druckerei · Verlag Inh. Volkmar Laube
Bildnachweis:	Fotolia/Robert Kneschke – Titel, Fotolia/Guido Grochowski – Seite 15, Fotolia/Sergey Novikov – Seite 39, Fotolia/drubig-photo – Seite 45

© 2016 • Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt





Wiener Straße 2
39112 Magdeburg

Telefon: 0391 | 6293333
Telefax: 0391 | 6293555

info@paritaet-lsa.de
www.paritaet-lsa.de